



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
BRAUNSCHWEIG

ISW

**Forschungsberichte aus dem
Institut für Sozialwissenschaften (ISW)**

Nr. 30

Ulrich Menzel

**Jenseits des Staates oder
Renaissance des Staates?**

Zwei kleine politische Schriften

März 1999

ISSN-Nr. 0949-2267

Institut für Sozialwissenschaften
TU Braunschweig, Wendenring 1, D-38114 Braunschweig
Tel.: 0531 - 391 - 23 10 / 11
Fax: 0531 - 391 - 82 11
[Http://www.tu-bs.de/institute/isw](http://www.tu-bs.de/institute/isw)

Nr. 30

Ulrich Menzel

**Jenseits des Staates oder
Renaissance des Staates?**

Zwei kleine politische Schriften

März 1999

ISSN-Nr. 0949-2267

Jenseits des Westfälischen Staatensystems:

Global Governance als Antwort auf Globalisierung	2
1. Das Westfälische Staatensystem	2
2. Die Globalisierungsdebatte	5
3. Die Entgrenzung territorial gebundener Systeme	8
4. Ein Beispiel: Einhegung zur Überwindung der "Tragödie des Gemeindelandes"	10
5. Weltregieren ohne Weltregierung	13
6. Ungelöste Probleme vom Global Governance	17
7. Demokratiedefizit und die Utopie der "Kosmopolitischen Demokratie"	19
8. Literatur	22

Die Wiederentdeckung des Staates.

Die neue Politik der Weltbank und die entwicklungspolitische Diskussion über das asiatische Wirtschaftswunder	28
1. Das Entwicklungsgefälle nimmt zu	28
2. Idealtypen: Profit versus Rente, Wachstum versus Sicherheit	31
3. Die asiatischen "Wunderökonomien" und die entwicklungspolitische Diskussion	35
4. Japan revidiert die Weltbank oder "King Kong Meets Godzilla"	41
5. Elemente eines "staatsfreundlichen" Ansatzes	48
6. Staaten gegen Märkte	51
7. Literatur	53

Jenseits des Westfälischen Staatensystems: Global Governance als Antwort auf Globalisierung

1. Das Westfälische Staatensystem¹

Am 24. Oktober 1648 wurde in Münster und Osnabrück zwischen Frankreich, Schweden und dem Deutschen Reich der Westfälische Frieden geschlossen. Damit war nicht nur der Dreißigjährige Krieg beendet, die nationale Unabhängigkeit der Niederlande und der Schweiz garantiert, ein Interessenausgleich zwischen Kaiser und Kurie, zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Reichsständen und Kaiser, zwischen den europäischen Mächten verabredet, damit war erstmals in der Weltgeschichte auch das Nationalstaatsprinzip festgeschrieben, und ein multilaterales diplomatisches Instrumentarium zur friedlichen Konfliktregelung ausgehandelt. Dieses Datum markiert deshalb nach heutigem Verständnis den Beginn der Herausbildung des modernen Staatensystems, das in der politischen Theorie des Realismus entsprechend den Tagungsorten als "Westfälisches Staatensystem" oder "Westfälisches Modell" bezeichnet wird². Aus sich territorial überlappenden Beziehungen zwischen Dynastien wurden in der Folgezeit internationale Beziehungen zwischen Staaten. Seit 1648 bildeten sich schrittweise zunächst in Europa und seit Ende des 18. Jahrhunderts auch außerhalb Europas Nationalstaaten heraus, die durch drei grundlegende Prinzipien gekennzeichnet sind:

1) Staaten haben klare territoriale Grenzen, innerhalb derer sie das uneingeschränkte Gewaltmonopol ausüben, eine Rechtsordnung erlassen und über die Steuerhoheit verfügen. Im Idealfall kommt es am Ende eines historischen Prozesses zu einer Deckungsgleichheit von Territorium, Staat, Volk und Nation, gleichgültig, ob die Nation ethnisch oder zivilgesellschaftlich definiert ist. Das ist das sog. Territorialprinzip.

2) Staaten sind die einzigen relevanten Akteure im internationalen System. Sie sind souverän nach außen in dem Sinne, daß sie keiner höheren Instanz untergeordnet sind. Es gibt kein internationales Gewaltmonopol. Im Unterschied zum nationalen System, wo die Anarchie durch

¹ Ich danke Helmut Bley und Hartwig Hummel für kritische Kommentare zu früheren Fassungen des vorliegenden Textes.

² z.B. bei Falk 1969, Kim 1992, Ferguson/Mansbach 1996, Krasner 1995/96; vgl. dazu auch Held 1995, S. 74 ff.

die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols aufgehoben wird, bleibt das internationale System anarchisch strukturiert. Die Interessenvertretung der Staaten nach außen basiert folglich auf dem Grundsatz der Selbsthilfe. Deshalb wird jeder Staat zur bestmöglichen Wahrnehmung seiner Interessen und zur Behauptung seiner staatlichen Existenz sein Machtpotential maximieren, so der anthropologisch argumentierende klassische Realismus á la Morgenthau, oder zumindest seine einmal errungene internationale Position behaupten, wenn man der systemtheoretischen Argumentation á la Waltz folgt. Nach außen erscheinen Staaten aus dieser Perspektive als homogener Block. Die Staaten sind aber auch souverän nach innen in dem Sinne, daß sie frei sind in der Wahl ihres politischen Systems und keiner äußeren Instanz Rechenschaft über ihre inneren Angelegenheiten ablegen müssen. Das ist das sog. Souveränitätsprinzip.

3) Souveräne Staaten sind untereinander gleichberechtigt unabhängig von ihrer Größe und ihrer Macht. Soweit die Beziehungen zwischen Staaten durch Verträge oder Völkerrecht geregelt werden, beruht dieses immer auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Jeder zwischenstaatliche Vertrag ist auch wieder kündbar. Zwischenstaatliche Kooperation erfolgt aus Eigeninteresse und nicht aufgrund einer höheren Idee. Auch die Respektierung diplomatischer Regeln beschneidet nicht das Recht zur Kriegführung (*ius ad bellum*) als letztes Mittel zur Wahrung staatlicher Interessen. Es ist vielmehr legitimer Ausdruck staatlicher Souveränität. Das ist das sog. Legalitätsprinzip.

Die Definition von Staatsangehörigkeit, die Ausstellung von Pässen, die Errichtung von Schlagbäumen und Grenzkontrollen, die Einführung nationaler Symbole wie Hauptstädte, Flaggen, Staatswappen, nationale Feiertage, Hymnen, Orden oder Uniformen waren und sind Ausdruck der staatlichen Abgrenzung nach außen.

Mit dieser Abgrenzung nach außen korrespondierte die Integrationsleistung des Staates nach innen. Der Staat wurde Verwaltungsstaat mit einer sich seit dem 18. Jahrhundert auf alle Lebensbereiche ausdifferenzierenden Zuständigkeit seiner Bürokratie. Er wurde Entwicklungsstaat, indem er öffentliche Güter wie Infrastruktur, inneren Frieden und Rechtssicherheit, Geld, Normen, Maße und Gewichte oder Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellte, aber auch, indem er gezielte Wirtschaftsförderung und protektionistische Absicherung gegenüber dem konkurrierenden Ausland betrieb. Er wurde Steuerstaat, um diesen wachsenden Aufga-

ben gerecht werden zu können. Er wurde Nationalstaat, indem er dafür sorgte, daß die Kongruenz von Territorium, Bevölkerung und Staat durch eine kollektive Identitätsbildung gefestigt wurde. Man spricht in diesem Zusammenhang von "vorgestellten Gemeinschaften", die gleichermaßen der kollektiven Abgrenzung gegenüber anderen Gemeinschaften zu dienen hatten³. Er wurde durch Verfassungen, Gewaltenteilung und allgemeines Wahlrecht demokratisch legitimierter Rechtsstaat. Und er wurde schließlich auch Sozialstaat, das heißt, er betrieb nicht nur Wirtschaftsförderung, sondern über seine fiskalische Kompetenz auch Umverteilung und sorgte so für die soziale Stabilität des demokratischen Rechtsstaats.

Einschränkend muß allerdings festgehalten werden, daß die Etablierung der inneren und äußeren Aspekte des "Westfälischen Staatensystems" in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt, insbesondere in Afrika südlich der Sahara oder in Zentralasien, bislang eher formalen Charakter hat. Von wirklicher Integration nach innen und dauerhafter Separation nach außen kann vielfach keine Rede sein. Das gilt insbesondere für solche Länder, die ihre nationale Unabhängigkeit erst in den 1950er oder 1960er Jahren erhalten haben und deren akute Zerfallsprozesse nicht ein "postwestfälisches", sondern den Rückfall in ein "vorwestfälisches" Staatsverständnis anzeigen.

Die Sequenz der genannten Aspekte ist jedenfalls Ausdruck der politischen Modernisierung von Gesellschaften. Manche Autoren sprechen deshalb für die Zeit zwischen 1648 und 1945, dem Jahr der Zündung der ersten Atombombe, von der "ersten Moderne"⁴. Festzuhalten bleibt, daß diese erste Moderne spätestens seit Ende des 18. Jahrhunderts einen eindeutig nationalen Bezug hatte. Alle ihre sozialen Systeme, ob Rechtsordnung, Staatsangehörigkeit, Wahlrecht, Parteien und Verbände, Geldwesen, Steuersätze, Zinsniveau, Rentenversicherungssystem, Gebührenordnung bei Post oder Eisenbahn, Definition von Hochsprache über Grammatik und Lexikon, Verkehrsregeln, Hygienebestimmung bei Nahrungsmitteln, etc. hatten einen exklusiven **territorialen** Bezug.

³ Vgl. dazu Anderson 1993.

⁴ Statt 1648 ließe sich auch das Jahr 1492 angeben, das Datum der ersten Kolumbus-Reise und damit der Beginn der europäischen Welteroberung. Vgl. Albrow 1998.

2. Die Globalisierungsdebatte

Seit etwa zehn Jahren wird nun unter dem Stichwort "Globalisierung" in der sozialwissenschaftlichen Literatur eine kaum mehr überschaubare Debatte⁵ geführt, ob die genannten Erungenschaften der ersten Moderne zur Disposition gestellt sind. Damit wird der Begriff Globalisierung in diversen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Kontexten zur Chiffre für den Anbruch der Postmoderne. Als Folge der Globalisierung und der sie begleitenden Aufhebung von Grenzen wird die Auflösung aller nationalstaatlich und damit territorial gebundenen sozialen Systeme konstatiert. Die Kehrseite von Globalisierung ist nämlich die neue Fragmentierung der Welt als ganze wie ihrer einzelnen Teile, deren Konsequenzen, das ist wahre Dialektik, wiederum die Globalisierung in Frage stellen⁶. Während die einen Globalisierung als Allheilmittel zur Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme preisen, ist sie für die anderen ein wahres Schreckgespenst, das gerade als Ursache für diese Probleme verantwortlich gemacht wird. Dahinter steht die grundlegende Kontroverse, ob Globalisierung ein quasi natürlicher, also endogener Prozeß ist als Folge technologischen und ökonomischen Wandels hin zum immer schneller, immer besser und immer mehr, oder ob sie exogen verursacht wird, also die Folge politischer Entscheidungen ist. Je nach Sichtweise sind Deregulierung und Privatisierung deshalb die logische Konsequenz von Globalisierung, um deren Chancen nutzen zu können, oder Deregulierung und Privatisierung haben die krisenhaften Folgen der Globalisierung geradezu ausgelöst, mindestens aber forciert, und können deshalb gerade keine probate Reaktion auf Globalisierung sein.

Umstritten ist auch, was unter Globalisierung eigentlich zu verstehen ist⁷. Ist damit ein Prozeß oder bereits ein Endzustand gemeint? Fast jeder Autor, der sich mit dem Thema befaßt, verwendet entweder seine eigene Definition oder er verfährt lediglich impressionistisch, indem er Beispiele, gar Anekdoten, für Globalisierung aufführt. Globalisierung ist demzufolge, wenn ein Chemieunfall in Basel zum Krabbensterben in Rotterdam führt, wenn das Endspiel der Fußball-WM von 2 Milliarden Menschen via Fernsehen live verfolgt wird, wenn Turbulenzen an der Tokyoer Börse in Minutenschnelle zum Kursverfall in New York, London und Frankfurt führen, wenn die Sexualpraktiken des amerikanischen Präsidenten bis in die intimsten

⁵ Vgl. dazu die Literaturberichte von Beisheim/Walter 1997 und Varwick 1998.

⁶ Vgl. dazu Menzel 1998, Barber 1995, Clark 1997.

⁷ Vgl. dazu programmatisch Beck 1997.

Details im Internet nachzulesen sind, wenn die Lautsprecherstimme im Flughafen Tegel ab 18.00 Uhr aus Kalifornien kommt, wenn indische Software-Experten von Bangalore aus die IBM-Rechner in Armonk warten, wenn der Film "Titanic" in 100 Ländern am gleichen Tag in die Kinos kommt und die Teenies weltweit für Leonardi di Caprio, Brad Pitt oder Til Schweiger schwärmen, wenn die Kämpfer der Taliban, die Kämpfer im Kosovo oder im Kongo gleichermaßen wie ihre Gegner in den Feuerpausen zur Marlboro greifen, wenn der Club-Urlaub auf Mallorca, in Kenia, der Dominikanischen Republik oder Antalya sich nur noch durch die Dauer der Anreise unterscheidet.

Eine weitere Kontroverse dreht sich um die Frage, ob Globalisierung ein neues Phänomen, gar erst eines der 1990er Jahre ist, oder ob die Intensität internationaler Austauschbeziehungen mindestens bezüglich ihrer relativen Bedeutung auch schon vor dem Ersten Weltkrieg zu finden war oder gar bereits mit Beginn der europäischen Welteroberung am Ende des 15. Jahrhunderts, also der ersten Kolumbus-Reise, eingesetzt hat. Ferner wird argumentiert, daß die Globalisierung nur von begrenzter Reichweite sei, nämlich auf die Welt der OECD beschränkt, daß die Phase der Deregulierung sich bereits wieder ihrem Ende zuneige, der Neoliberalismus seinen Zenit mithin überschritten habe. Neorealisten argumentieren sogar, daß mindestens die USA trotz Einbußen immer noch eine starke wirtschaftliche Binnenorientierung bei ungebrochener weltpolitischer Souveränität behaupten⁸, das Ende des Ost-West-Konflikts gar die Rückgewinnung der amerikanischen Hegemonie ("The Unipolar Moment") gebracht habe⁹.

Immerhin lautet eine weithin akzeptierte Minimaldefinition, daß unter Globalisierung eher ein Prozeß als ein Endzustand, nämlich die quantitative und qualitative Intensivierung grenzüberschreitender Transaktionen bei deren gleichzeitiger räumlicher Ausdehnung zu verstehen ist. Gemeint sind mit Transaktionen z.B. Handel, Verkehr, Kapitalflüsse, Migration, Tourismus, Briefe, Telefonate, E-mails, Emissionen und Einleitungen von Fabriken und Kraftwerken, ferner die Verbreitung von Ideen, Moden und Geschmäckern, die mit diesen Transaktionen transportiert werden. Gemeint ist aber auch die globale Vernetzung der Welt durch Seekabel, Flugverbindungen, Satelliten und Internet, also die Infrastruktur der Globalisierung und die

⁸ Zu den Skeptikern gehören insbesondere Hirst/Thompson 1996. Vgl. ferner die Debatte zwischen Krasner 1994 und Strange 1994.

⁹ Vgl. dazu Krauthammer 1991.

aus den transnationalen Migrations- und Kommunikationsprozessen entstehenden neuen Gemeinschaften, gleichgültig ob sie real sind oder virtuell wie etwa im Internet¹⁰. Die gesellschaftlichen Bereiche, in denen Globalisierung untersucht und konstatiert wird, sind demzufolge die Wirtschaft, hier insbesondere der Finanzsektor, die elektronischen Medien, hier insbesondere Fernsehen und Internet, die Werbung und damit die Welt der Lebensstile, der Tourismus, der kommerzialisierte Hochleistungssport, die Umwelt oder die Entstehung neuer transnationaler sozialer Räume¹¹, die sich z.B. durch Arbeitsmigration und Überweisungen von Gastarbeitereinkommen ins Herkunftsland konstituieren. Kaum betroffen und wenn, dann eher in umgekehrte Richtung, ist der Bereich des Politischen.

Die Mehrheit der Autoren neigt zu der Hypothese, daß Globalisierung ein qualitativ neues Phänomen ist, selbst wenn sie eine lange Vorgeschichte haben mag. Für den Bereich der internationalen Finanzmärkte und Kapitalflüsse werden Reaganomics, Liberalisierung oder das New Yorker Plaza-Abkommen des Jahres 1985 zur Neufestsetzung der Wechselkurse der wichtigsten Währungen als politische Auslöser angesehen. Das technische Argument lautet, daß die Zusammenführung von Telekommunikation und Computer im Internet eine neue Qualität in den internationalen Beziehungen hergestellt hat, die es erstmals in der Weltgeschichte ermöglicht, Transaktionen in Echtzeit (real time) zu vollziehen. Wenn man sich dieser Position anschließt¹², dann laufen die analytischen Befunde auf Prozesse hinaus, die sich mit den Begriffen der Kompression von Raum und Zeit, der Entgrenzung des Territorialen, der Entstofflichung der Ökonomie und der Auflösung nationaler Identitäten bezeichnen lassen.

Alle genannten Aspekte und gesellschaftlichen Bereiche werden jedenfalls seit Beginn der 1990er Jahre intensiv diskutiert, wobei die erste Welle der Literatur sich eher theoretisch, konzeptionell oder programmatisch dem Thema angenähert hat. Erst seit Mitte der 1990er Jahre folgen empirisch orientierte Arbeiten, die die Globalisierungsphänomene quantitativ und analytisch zu bestimmen suchen. Dieses geschieht vorläufig eher auf wirtschaftlichem Gebiet, weil hier die Verfügbarkeit von Daten dieses leichter zuläßt. Folglich ist auch in diesem Ausschnitt der Globalisierungsdiskussion die Kontroverse zu finden, ob die Intensität von

¹⁰ Vgl. dazu Rheingold 1994.

¹¹ Vgl. dazu Pries 1998.

¹² Vgl. dazu auch empirisch Menzel 1998, Kap. 5 und 7.

internationaler Arbeitsteilung, von grenzüberschreitendem Handel und Kapitalverkehr tatsächlich eine neue Qualität erreicht hat oder ob deren relative Bedeutung vor dem Ersten Weltkrieg nicht schon ähnlich war. Der Tenor in den Arbeiten zum Thema spekulative Finanzmärkte, Umwelt oder elektronische Medien ist vergleichsweise viel weniger kontrovers.

3. Die Entgrenzung territorial gebundener Systeme

Was sind nun die Konsequenzen dieser Prozesse im Hinblick auf das eingangs skizzierte westfälische Modell des Staatensystems und die klassischen Staatsfunktionen? Wenn Entgrenzung ein wesentlicher Ausdruck von Globalisierung ist und wenn dieser Befund auch faktisch zutrifft, dann führt Globalisierung zwangsläufig zur schrittweisen Entgrenzung bzw. Entterritorialisierung aller bislang territorial gebundenen sozialen bzw. nationalen Systeme und damit zu einer **postwestfälischen Konstellation**¹³. Für den Nationalstaat bedeutet dieses einen entsprechenden Verlust an Souveränität, Autonomie, fiskalischer Kompetenz, politischer und sozialer Gestaltungsmacht¹⁴. Seine Integrationskapazität nach innen wie seine Abgrenzungskapazität nach außen schwinden. Die genannten Funktionen des Verwaltungsstaats, des Entwicklungsstaats, des Steuerstaats, des Nationalstaats, des Sozialstaats haben nur noch beschränkte Reichweite, wenn ein wachsender Anteil aller Aktivitäten und Probleme grenzüberschreitenden und nicht mehr nationalen Charakter haben. Wenn Umweltprobleme globalen Charakter bekommen, wie z.B. der Treibhauseffekt, ist eine nationale Politik zur Reduzierung der CO₂-Emissionen kaum möglich; wenn 200 Fernsehkanäle via Satellit aus der ganzen Welt zu empfangen sind, sind nationale Verbote von Gewalt- und Pornographiedarstellung von begrenzter Reichweite; wenn der Produktionsort und der Steuerort eines transnational operierenden Unternehmens auseinanderfallen, wird die nationale Steuergesetzgebung unterhöhlt; wenn das Kapital, das weltweit zur Devisenspekulation eingesetzt wird, das Volumen der nationalen Währungsreserven übersteigt, geht die Kapazität zur nationalen Währungspolitik verloren; wenn die Elendswanderung die Millionengrenze überschreitet, ist der Sozialstaat überfordert; wenn die illegale Beschäftigung von Bauarbeitern auf Berliner Großbaustellen in

¹³ Dieser Begriff wurde abgeleitet von Habermas 1998b und Lyons/Mastanduno 1995, wobei letztere dieses aus ihrer realistischen Perspektive allerdings mit einem Fragezeichen versehen.

¹⁴ Vgl. dazu Albrow 1998, Camilleri/Falk 1992, Duchacek u.a. 1988, Edward 1998, Elkins 1995, Guéhenno 1996, Holton 1998, Horsman/Marshall 1994, Knieper 1991, Koch 1995, Neyer 1996, Paolini/Jarvis/Reus-Suit

die Zehntausende geht, kann selbst der Neubau einer Hauptstadt die örtliche Arbeitslosigkeit von Bauarbeitern nicht beheben.

So wie von Autoren wie Hirst und Thompson die Globalisierung in doppelter Weise in Frage gestellt wird, nämlich daß es sie entweder gar nicht gibt oder daß das, was darunter als neues Phänomen verstanden wird, auch schon vor 100 Jahren zugetroffen hat, so wird von den Kritikern umgekehrt auch die These von Souveränitätsverlust der Nationalstaaten in doppelter Weise problematisiert. Entweder wird den Globalisierungstheoretikern unterstellt, daß sie die Rolle des Staates vor Einsetzen der Globalisierung maßlos überschätzen, um den Souveränitätsverlust dann um so mehr konstatieren zu können¹⁵, oder es wird die Frage gestellt, ob der Souveränitätsverlust tatsächlich so dramatisch ist und nicht vielmehr die Staaten nach innen wie nach außen immer noch die maßgeblichen Akteure sind¹⁶. Die Transformation des liberalen Staates in einen "Wettbewerbsstaat" ist aus dieser Perspektive die angemessene Strategie, um eingebüßte Souveränität zurückzugewinnen.

Von neoliberaler Warte wird der Verlust an staatlicher Gestaltungsmacht, insbesondere soweit die Steuer-, Arbeitsrecht- und Sozialgesetzgebung betroffen ist, begrüßt. Das Argument lautet hier: Wenn Globalisierung ein quasi naturwüchsiger Prozeß ist, weil Produktivitätsentwicklung und internationale Konkurrenz immer größere Märkte, immer intensivere internationale Arbeitsteilung, immer flexiblere Arbeitsbedingungen erfordern, dann sind Deregulierung und Privatisierung, also die Reduzierung staatlicher Kompetenzen, dann ist der "schlanke Staat" in der "grenzenlosen Welt", ist das Wirken der "unsichtbaren Hand" im Weltmaßstab nicht nur die gebotene Konsequenz, sondern sogar die einzig adäquate Strategie im Umgang mit Globalisierung. Wenn man allerdings die Position vertritt, daß Globalisierung erst die Folge staatlicher Deregulierung ist, was sich etwa für den internationalen Finanz- oder Mediensektor durchaus nachweisen läßt, oder daß der praktizierte Neoliberalismus gerade zur Spaltung von Gesellschaften in Gewinner und Verlierer und damit zur neuen Fragmentierung, also gerade dem Gegenteil von Globalisierung, führt, wofür sich ebenfalls empirische Belege in den USA gleichermaßen wie in Chile finden lassen, dann kann die Konsequenz nicht der weitere Rückzug des Staates sein. Rückgewinnung staatlicher Kompetenz muß vielmehr die Devise lauten,

1998, Sassen 1996, Reich 1996, Rifkin 1995, Ohmae 1995; wobei das Spektrum von euphorischer Begrüßung bis skeptischer Besorgnis über diese Tendenz reicht.

¹⁵ Vgl. dazu etwa Mann 1997.

nur mit dem Unterschied, daß die Ausübung dieser Kompetenz kaum mehr im nationalen Rahmen denkbar ist.

4. Ein Beispiel: Einhegung zur Überwindung der "Tragödie des Gemeindelandes"

Bemühen wir ein historisches Beispiel, nämlich die "Tragödie des Gemeindelandes" ("The Tragedy of the Commons")¹⁷. Die kollektive Nutzung freier Güter wie Weide oder Wald garantierte im Mittelalter für die unterbäuerliche Bevölkerung als Ergänzung zur eigentlichen Landwirtschaft die Existenzsicherung, aber nur solange, wie diese freien Güter nicht im Übermaß, z.B. durch Überweidung, genutzt wurden und am Ende für niemand mehr eine Existenzgrundlage boten. Das theoretische Argument, das dahinter steht und sich explizit gegen die Annahme richtet, daß die "unsichtbare Hand" im Sinne von Adam Smith das beste Regulativ zur Nutzung freier Güter bilde, lautet folgendermaßen: Die Überweidung des Gemeindelandes resultiert daraus, daß jeder Hirte seine Herde immer weiter zu vergrößern sucht, um sein Einkommen zu steigern. Er tut dies auch über den Punkt hinaus, an dem die Überweidung einsetzt, da ja der Ertrag aus einem zusätzlichen Stück Vieh nur ihm zugute kommt, die ertragsmindernden Folgen der Überweidung sich aber auf alle Hirten verteilen. Er verhält sich also zunächst durchaus rational, da der eigene Einkommenszuwachs nur durch einen Bruchteil des kollektiven Einkommensrückgangs geschmälert wird. Also wird er aus dieser Logik heraus seine Herde immer noch um ein weiteres Stück Vieh zu vermehren suchen. Da aber alle Hirten sich gleichermaßen verhalten, besteht am Ende die Tragödie darin, daß die Summe des individuell rationalen Verhaltens den Ruin aller bedeutet. Die unsichtbare Hand führt in diesem Fall also nicht zum Wohlstand, sondern zum Elend der Nationen.

Die Lösung des Problems damals war die Einhegung (Einzäunung) des Gemeindelandes, das in der Folge nur noch der privaten aber nicht mehr der kollektiven Nutzung offenstand. Ein unregulierter Bereich freier Güter war reguliert worden. Im Falle des eingehegten Weidelandes trifft die Überweidung jeden Hirten in vollem Umfang allein. Also wird er aus Eigeninteresse für ein Gleichgewicht zwischen der Größe der Herde und seiner Weidefläche sorgen. Die mittelbare Konsequenz damals war zwar die Verelendung und Abwanderung der unterbäuerli-

¹⁶ Dieses Argument findet sich insbesondere bei Neorealisten und Postrealisten.

¹⁷ Vgl. dazu Hardin 1968.

chen Bevölkerung in städtische Beschäftigung oder deren Auswanderung nach Übersee, die Konsequenz war aber auch die nun möglichen und betriebswirtschaftlich rentablen privaten Investitionen in die Landwirtschaft mit entsprechenden Einkommens- und Ertragssteigerungen, die die wachsende Bevölkerung zu ernähren vermochte.

Abstrakter formuliert bieten sich zur Lösung des Problems im Umgang mit freien Gütern drei Instrumente: die Privatisierung, die staatlich oder durch Konvention bestimmte Regulierung des Zugangs und damit ihre Verwandlung in öffentliche Güter oder die Besteuerung der Entnahme von freien Gütern. Damit haben wir gleichzeitig auch eine schöne Illustrierung der liberalen, sozialdemokratischen und grünen Interessenlage im Umgang mit freien Gütern und der daraus resultierenden alternativen Lösungsstrategie, je nachdem ob man den Faktor Kapital (Profit), Arbeit (Lohn bzw. Einkommensverteilung) oder Boden bzw. Umwelt (Rente bzw. Erhalt der Möglichkeit, eine Rente zu erzielen) in den Vordergrund stellt.

Auch jetzt befinden wir uns wieder in einer Phase der Übernutzung freier Güter wie Luft oder (Meer) Wasser, die der Menschheit die Lebensgrundlage zu entziehen droht. Hierbei handelt es sich allerdings um eine gegenläufige Problematik. Das Problem ist nicht die übermäßige Entnahme (z.B. von Futter), sondern die übermäßige Abgabe von Schadstoffen. Die individuelle Rationalität ist aber dieselbe: Die Kostenersparnis, Abwässer oder Abgase nicht zu filtern, ist größer als der individuelle Anteil an der wachsenden kollektiven Belastung. Da aber Luft oder Wasser im Unterschied zu Wald oder Weide kaum zu privatisieren sind, kann hier die Form der "Einhegung" nur die staatliche Regulierung oder die Besteuerung sein. Da es sich aber um internationale, um nicht zu sagen globale, freie Güter handelt, bedarf es auch globaler Formen der "Einhegung" oder Verregelung durch internationale Abkommen, um die internationalen freien in internationale öffentliche Güter zu verwandeln.¹⁸ Insofern ist auch die ökologische Steuerreform nichts anderes als der Versuch, einer neuerlichen "Tragödie des Gemeindelandes" entgegenzuwirken. Nur ist eine solche Steuerreform ohne Einführung internationaler Umweltstandards, Regelungsformen und Sanktionskataloge nur von begrenzter Wirkung.

¹⁸ Vgl. dazu Vogler 1998, Young 1997.

Verallgemeinert lautet das Argument: Die genannten klassischen Staatsfunktionen müssen vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierung und im Angesicht der "postnationalen Konstellation" (Habermas) eine weltweite Reichweite bekommen. Notwendig ist die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter, also von Weltgeld, von weltweiter Rechtssicherheit, einer weltweiten Regulierung der Finanzmärkte, einer Weltsozialordnung, einer Weltmigrationsordnung, einer Weltkommunikationsordnung, einer Weltumweltordnung etc. Dieses läßt sich aber nicht vereinbaren mit den Grundprinzipien des westfälischen Staatensystems, das ja gerade auf territorialer Abgrenzung, auf Behauptung von Souveränität, auf dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beruht. Der Kern des Problems besteht also im Auseinanderfallen der Ebenen. Die Märkte, die Medien, die Werbung, die Umweltproblematik, selbst die sozialen Räume haben sich globalisiert, während die staatlichen Regelungskapazitäten, also die genannten klassischen Staatsfunktionen, wenig oder gar nicht diesen Prozeß mitvollzogen haben, entsprechend der realistischen nationalstaatlichen Logik auch gar nicht mitvollziehen sollen und können, es sei denn, es gibt einen Hegemon, der eine entsprechende Weltordnung errichtet. Mit anderen Worten: Der Bourgeois denkt und handelt global, der citoyen ist weiterhin dem Nationalstaat verhaftet¹⁹.

Die Alternative, nationalstaatliche Kompetenz durch eine revisionistische Politik, also durch "strategische Handelspolitik" und eine Abschottung via sozialem und kulturellem Protektionismus zurückzugewinnen, ist angesichts der faktisch bereits vollzogenen Globalisierung eine wenig aussichtsreiche und zudem außenpolitisch wie innenpolitisch gefährliche Strategie. In letzter Konsequenz ist auch der Versuch, den Sozialstaat zu "modernisieren", d.h. ihn in einen Wettbewerbsstaat zu transformieren und gleichzeitig den Sozialstaat zu behaupten, der Ausdruck eines neuen linken Nationalismus²⁰. "Keynesianismus in einem Land", so die treffende Formulierung von Habermas²¹, kann in einer globalisierten Ökonomie nicht mehr funktionieren.

¹⁹ So sinngemäß die treffende Formulierung von Zürn 1998b, S. 304/05.

²⁰ So z.B. tendenziell die Position von Streek 1998 und Scharpf 1998.

²¹ Habermas 1998a.

5. Weltregieren ohne Weltregierung

Was ist also zu tun? Da auf absehbare Zeit die Aufhebung des westfälischen Staatensystems in der Konstituierung eines Weltstaates als kongruenter Einheit für die Globalisierung der Märkte nicht zu erwarten ist und da regionale Integrationsprozesse definitionsgemäß trotz ihrer wünschenswerten Nützlichkeit nur von begrenzter, eben regionaler, Reichweite sein können, wie das Beispiel der Europäischen Union zeigt, die sicherlich den ambitioniertesten und weltweit vergleichsweise erfolgreichsten Fall regionaler Integration darstellt, muß nach **neuen** Formen des "Weltregierens ohne Weltregierung" gesucht werden²². Das Schlagwort, das seit Mitte der 1990er Jahre die einschlägige internationale Diskussion beherrscht und die Antwort auf Globalisierung darstellen soll, lautet "global governance"²³. Der Begriff "governance" entspricht einem funktionalistischen Denken und ist nicht unmittelbar ins Deutsche zu übersetzen. Er meint in etwa "Regieren" im Sinne von "Regulieren" oder "Steuern", ohne aber die Konnotation von "Regierung" oder "Staat" zu besitzen. Deshalb auch der Slogan "governance without government"²⁴. Der konkurrierende Begriff "Weltinnenpolitik" entspricht eher föderalistischem Denken, sollte aber vielleicht besser vermieden werden, da er zumindest begriffslogisch den Weltstaat voraussetzt²⁵.

Prominent wurde der Begriff durch den Bericht der Commission for Global Governance "Nachbarn in einer Welt" aus dem Jahre 1995. Diese Kommission wurde 1991 auf Initiative von Willy Brandt gegründet und trat erstmals mit ihrem Ausgangsdokument "Gemeinsame Verantwortung in den 1990er Jahren" in Erscheinung, das von der Stockholmer Initiative "On Global Security and Governance" verfaßt worden war²⁶. Die Arbeit der Kommission, zunächst eine Reaktion auf das Ende des Ost-West-Konflikts, ist zu verstehen als die Fortsetzung der berühmten Weltberichte der 1980er Jahre, die mit den Namen Brandt zum Thema "Entwicklung", Palme zum Thema "Abrüstung", Brundtland zum Thema "Umwelt" und Nyerere wieder zum Thema "Entwicklung" in Verbindung gebracht werden. Zu erwähnen sind aber auch die einschlägigen neueren Aktivitäten des Club of Rome²⁷, der OECD²⁸, der London School of

²² Vgl. Reinicke 1998.

²³ Vgl. dazu den Literaturbericht von Mürle 1998.

²⁴ So der Titel von Rosenau/Czempiel 1992; vgl. auch Rosenau 1997.

²⁵ Diese Feststellung trifft auch den Autor selber, der den Begriff in Menzel 1998, Kap. 10 noch verwendet hat.

²⁶ Vgl. dazu Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren, 1991; Nachbarn in Einer Welt, 1995; Commission on Global Governance 1995.

²⁷ Vgl. Dror 1994, King/Schneider 1992.

Economics²⁹, der Universität der Vereinten Nationen in Tokyo³⁰, die auch seit 1995 die Zeitschrift "Global Governance" herausgibt, oder die Initiativen des früheren Generalsekretärs der Vereinten Nationen Butros-Ghali u.a. zur Reform des UN-Systems (Agenda for Peace und Agenda for Development). In Deutschland haben sich insbesondere das Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg und die Stiftung Entwicklung und Frieden in Bonn des Themas angenommen. Die von Ulrich Beck besorgte "Edition Zweite Moderne" des Suhrkamp Verlages liefert seit einigen Jahren das programmatische Forum für die akademische Diskussion, die von den englischen Globalisierungstheoretikern wie Martin Albrow, Anthony Giddens, David Held, Scott Lash, Antony McGrew, Roland Robertson, Martin Shaw und John Urry dominiert wird und deren Beiträge im Original von der Polity Press in Cambridge publiziert werden³¹. Zweite Moderne heißt hier³², daß der von den französischen und italienischen Poststrukturalisten wie Baudrillard, Vattimo, Lyotard, Deleuze und Guattari in den 1980er Jahren propagierte Anbruch der Postmoderne, also das von ihnen im Anschluß an Nietzsche, Spengler, Toynbee und Bell behauptete Ende des Nationalstaates, des Sozialstaates, der Demokratie, der Aufklärung etc. nicht im Nihilismus³³ endet, eine im Grunde reaktionäre Position, sondern überwunden werden kann durch eine neue oder zweite Aufklärung, die zu neuen Politikformen im Zeitalter der Globalisierung, eben zu Global Governance führen muß. So lautet stark verkürzt das Programm der Zweiten Moderne. An die Stelle der poststrukturalistischen Endzeitstimmung *à la française* tritt die neue Utopie aus Großbritannien.

Die These vom Ende der Moderne ist also nicht gleichbedeutend mit dem Ende der Geschichte, die Postmoderne ist aus dieser Perspektive nur Umbruch, ist eine Achsenzeit, weist auf den Beginn eines neuen Zeitalters. Möglich sind also keineswegs nur mehr die vielen kleinen Erzählungen *à la Lyotard*, sondern die neue große Erzählung von der postnationalen und postwestfälischen Konstellation. Die erste Moderne kulminierte im Nationalstaat, die zweite Moderne wird in der Weltgesellschaft, im Weltbürgertum, in der kosmopolitischen Demokratie kulminieren³⁴. Damit ist aus dieser Sichtweise zumindest theoretisch die Kontro-

²⁸ Globalisation 1996, Regulatory Cooperation 1994.

²⁹ Vgl. Bide 1993, Desai/Redfern 1995, Judd 1993.

³⁰ Cox 1997, Krause/Knight 1995, Sakamoto 1994, UNU Advisory Team O.J.

³¹ Vgl. dazu Albrow 1998, Beck/Giddens/Lash 1996, Giddens 1996, Held 1995, Lash/Urry 1994, McGrew 1997, Robertson 1992, Perraton u.a. 1998, Shaw 1994, 1996, Waters 1996.

³² Vgl. dazu die Einleitung von Ulrich Beck in Beck 1998a.

³³ Vgl. dazu Vattimo 1988, Baudrillard 1993, Lyotard 1994, Deleuze/Guattari 1992; kritisch dazu Callinicos 1989.

³⁴ Vgl. auch Böhret/Wewer 1993, Calließ 1994.

verse entschieden, ob Globalisierung ein neues Phänomen ist. Die Antwort muß eindeutig lauten "ja". Würde man den Globalisierungsprozeß etwa im Sinne der Weltsystemtheoretiker bereits Ende des 15. Jahrhunderts, also mit dem Beginn der europäischen Welteroberung einsetzen lassen, würde der Unterschied zwischen Moderne und Postmoderne, zwischen erster und zweiter Moderne, keinen Sinn machen.

Was ist der Grundgedanke von Global Governance? Der Grundgedanke lautet, daß das westfälische System mit seinen souveränen Staaten als den einzigen maßgeblichen internationalen Akteuren sich seit dem Zweiten Weltkrieg transformiert hat in eine "Weltgesellschaft" oder "Gesellschaftswelt"³⁵. Beide Begriffe sind dem realistischen Begriff "Staatenwelt" im Sinne des westfälischen Modells gegenüber gestellt und auf jeden Fall dem Begriff "Staatengemeinschaft" vorzuziehen, da "Gesellschaft" ein modernes bzw. postmodernes und "Gemeinschaft" ein vormodernes, also traditionelles, Sozialsystem meint. In der Vorstellung von "Weltgesellschaft" sind die Nationalstaaten zwar immer noch wichtige aber nicht mehr die einzigen maßgeblichen Akteure. Hinzu kommen als Folge der sich verdichtenden Kooperation zwischen den Staaten zahlreiche internationale Organisationen wie z.B. die UN oder die EU, die ihrerseits zu eigenständigen Akteuren geworden sind, weil deren Mitgliedsstaaten Souveränität an diese Organisationen abgetreten haben. Hinzu kommen aber auch zahlreiche nichtstaatliche Akteure (NGO), die international tätig werden wie Multinationale Konzerne, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und alle Arten von Verbänden, die sich ihrerseits zu nichtstaatlichen internationalen Organisationen (INGO) zusammengeschlossen haben³⁶. Prominente Beispiele sind etwa die Sozialistische Internationale, Amnesty International, Greenpeace, das Internationale Rote Kreuz, der Weltfußballverband oder der Weltkirchenrat aber auch die neuen sozialen Bewegungen in den Politikfeldern Frieden, Menschenrechte, Umwelt, Frauen etc., soweit sie sich international vernetzt haben.

Global Governance meint mithin ein komplexes Mehrebenensystem des "Regierens jenseits des Nationalstaats" (Zürn)³⁷ wobei seine "Architektur" (Messner/Nuscheler) mindestens drei Dimensionen aufweist: Die Akteure, die Regelungsformen und die Handlungsebenen³⁸. Zu

³⁵ Zu den Begriffen vgl. Czempiel 1991, List 1992, Luard 1990, Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996, Brock/Albert 1995.

³⁶ Weiss/Gordenker 1996.

³⁷ Vgl. Zürn 1998a.

³⁸ Vgl. dazu Messner 1995, Messner 1998a und Messner/Nuscheler 1996.

den Akteuren werden die genannten staatlichen und nichtstaatlichen, nationalen und transnationalen gezählt, die je nach Problem oder Politikfeld agieren sollen. So treten auf einer Weltumweltkonferenz nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch Vertreter von Umweltverbänden auf. Das Thema Menschenrechte wird nicht nur in den Vereinten Nationen, sondern auch von Menschenrechtsorganisationen behandelt.

Unter den Regelungsformen sind sowohl formelle zu verstehen, also Abkommen zwischen Staaten, oder die Gründung einer internationalen Organisation, ferner aller Arten von internationalen Regimen, aber auch informelle Politikformen wie etwa die Bearbeitung von Umwelt-, Menschenrechts- oder Flüchtlingsproblemen durch die Einsätze und Kampagnen privater Organisationen.

Unter Handlungsebene wird ein mehrstufiges System sich überlappender Zuständigkeiten von der lokalen über die regionale, die nationale, die kontinentale bis zur globalen Ebene verstanden. Ein heikles Problem ist die Grenzziehung solcher Handlungsebenen. Die Chancen der Akzeptanz und die Möglichkeit der Durchsetzung von Politik wächst vermutlich, wenn die Grenzen sich an gewachsenen Identitäten orientieren. Das gilt insbesondere für substaatliche und transnationale Regionen. Je nach Problembereich und Politikfeld sollen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip auf substaatlicher, nationaler oder transnationaler Ebene staatliche oder nichtstaatliche Akteure der unterschiedlichsten Art tätig werden. Subsidiaritätsprinzip heißt, daß keine auf einer höheren Ebene angesiedelte Institution Aufgaben an sich ziehen soll, die bereits von einer unteren Ebene erfüllt werden können.

Fragt man nach konkreten Beispielen, wo Elemente von Global oder wenigstens Regional Governance erfolgreich praktiziert werden, ist die Bilanz eher bescheiden. Bestes Beispiel in dieser Hinsicht ist sicherlich der Prozeß der europäischen Integration, bei dem z.B. die Einführung des Euro als europäische Währung auch als qualitativ neue Verregelung des Währungssektors betrachtet werden muß. Nationaler Souveränitätsverlust wird hier in Kauf genommen, um transnationale Souveränität zurückzugewinnen, nämlich die Eindämmung der Währungsspekulation zumindest im europäischen Rahmen. Von eher zweifelhaftem Erfolg sind demgegenüber die Bemühungen, die Vereinten Nationen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts tatsächlich zu einem operativen Instrument kollektiver Sicherheit zu machen. Die diversen Blauhelm-Missionen in Afrika, in Nahost oder auf dem Balkan können aber auch

nicht sämtlich als gescheitert angesehen werden. Ein anderes Beispiel sind die Weltkonferenzen³⁹ der 1980er Jahre zu den Themen Umwelt, Bevölkerung, Menschenrechte, Frauen, Kinder, Armut etc. oder die zahlreichen Weltberichte diverser Kommissionen und Organisationen, die immerhin Weltöffentlichkeit und damit Problembewußtsein zu erzeugen vermochten. Verwiesen wird auch auf internationale Kampagnen wie die gegen die Versenkung der Ölbohrplattform Brent Spar, zur Ächtung von Landminen, gegen die Verwendung von Tropenholz, etc. Allein im Bereich der Vereinten Nationen gibt es ein dichtes Netz von Unter-, Sonder- und Regionalorganisationen, die mittlerweile nahezu jedes denkbare internationale Politikfeld abdecken.

6. Ungelöste Probleme von Global Governance

Kommen wir zu den vielen ungelösten Problemen von Global Governance, die seit Mitte der 1990er Jahre im Zentrum der internationalen Diskussion stehen⁴⁰. Dabei geht es einmal um die Bearbeitung der Effektivitäts- und Koordinierungsprobleme, die sich aus einer solchen Vielzahl von Akteuren, Regelungsformen und Handlungsebenen zwangsläufig ergeben. Gemeint ist damit insbesondere die sog. Mehrebenenproblematik, die sich einerseits aus der Überlappung politischer Räume und andererseits aus der Koexistenz bzw. Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Akteure ergibt. Die von Boutros-Ghali angestoßene Diskussion um die Reform der Vereinten Nationen, die darauf abzielt, mehr Kompetenzen, mehr Kapazitäten und mehr Effektivität zu erreichen, weist in diese Richtung. Sie ist bislang aber nicht zuletzt an der Blockade der USA gescheitert, den mächtigsten Behauptern des Westfälischen Staatensystems, die aufgrund ihrer relativen Stärke und der daraus resultierenden Überzeugung, vieles immer noch in Selbsthilfe regeln zu können, nur wenig Bereitschaft zur Abgabe von Souveränität an internationale Organisationen zeigen. Global Governance aus amerikanischer Sicht heißt, nach Ende des Ost-West-Konflikts um so mehr, Exekution der US-Hegemonie im Selbstverständnis eines Weltpolizisten, der zwar die Absicherung durch einen UN-Beschluß, mindestens aber die Unterstützung der Alliierten sucht, im Zweifelsfalle aber auch aus eigener Machtvollkommenheit heraus agiert. In Europa stellt sich die Sachlage anders. Die Bestrebung zur Vertiefung der EU läuft darauf hinaus, daß die Mitgliedsstaaten weitere Souveränität

³⁹ Messner/Nuscheler 1996b.

⁴⁰ Vgl. dazu Messner 1998b.

an die Brüsseler Behörden abtreten und daß die EU-Haushalte zu Lasten der nationalen Haushalte weiter gestärkt werden sollen.

Desweiteren geht es um das Problem der globalen sozialen Integration. Wie können Menschenrechte weltweit durchgesetzt werden, wie lassen sich international vergleichbare Sozialstandards etablieren, wie kann es zu einer gemeinsamen Rechtsordnung kommen? Noch grundsätzlicher muß die Frage lauten: Gibt es überhaupt universalistische Wertvorstellungen? Klar ist jedenfalls, daß sich eine kulturrelativistische Position, wie sie von den Fundamentalisten jeglicher Couleur im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden vertreten wird, mit Global Governance nicht vereinbaren läßt.

Damit korrespondiert der Umgang mit dem weiterhin hochgehaltenen Souveränitätsbegriff. Dieser ist nach wie vor ein hohes internationales Rechtsgut und nicht zuletzt in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben. Die zunehmende interventionistische Praxis von "peace keeping", "peace making" und "peace enforcement", von Monitoring, Mediation, Third Party-Aktivitäten, von Katastrophenhilfe und Chaosbekämpfung, alles das, was im weitesten Sinne unter "humanitärer Intervention" verstanden wird, deutet allerdings auf einen Bewußtseinswandel in der Weltöffentlichkeit. Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines Landes, soweit sie moralisch zu rechtfertigen sind, sind nicht mehr per se verpönt, sie werden vielmehr immer mehr als durchaus legitime Mittel internationaler Politik angesehen. Wenn also Global Governance die Antwort auf Globalisierung lautet, dann muß Humanitäre Intervention die Antwort auf Fragmentierung lauten.

Der vierte Problemkomplex betrifft die problematische Legitimität, d.h. die mangelhafte demokratische Fundierung, von Global Governance und seinen möglichen Institutionen⁴¹. Das Demokratiedefizit der EU ist genauso bekannt wie das der Vereinten Nationen aber auch vieler nichtstaatlicher internationaler Organisationen. Das gilt selbst für einen so renommierten Fall wie Greenpeace. Hinzu kommt, daß viele Mitgliedsstaaten internationaler Organisationen selber nicht demokratisch legitimiert sind. Selbst wenn man unterstellt, daß eines Tages alle Staaten sich zu Demokratien entwickelt haben, was schon schwer genug vorstellbar ist, selbst dann bleiben fundamentale Fragen. Soll etwa in den Vereinten Nationen das Prinzip "one man

⁴¹ Vgl. dazu March/Olsen 1995, McGrew 1997.

– one vote" gelten? Das hieße, daß zwei Staaten, China und Indien, zusammen die Welt majorisieren könnten. Gilt aber das Prinzip "one country – one vote", hat jeder Zwergstaat das gleiche Gewicht wie die USA oder China – auch eine schwer vorstellbare Perspektive.

7. Demokratiedefizit und die Utopie der "kosmopolitischen Demokratie"

Ein ganz fundamentales Problem besteht schließlich darin, daß gerade auch Demokratie wie alle anderen sozialen Systeme eine territoriale Gebundenheit aufweist. Der griechische Begriff "demos" (Volk) hatte immer eine nationale und damit territoriale Konnotation, gleichviel ob "demos" ethnisch wie in Deutschland oder zivilgesellschaftlich wie etwa in Frankreich definiert ist. Deutscher und damit wahlberechtigt ist der, der deutscher Abstammung ist und deutsch spricht bzw. lernen muß. Franzose und damit wahlberechtigt ist der, der in Frankreich geboren ist und sich zu den Prinzipien der französischen Verfassung bekennt. Demokratie ist bislang jedenfalls immer nur im Rahmen von Nationalstaaten denkbar gewesen, die die entsprechende kollektive Identität geliefert haben.

Wir müssen also eine doppelte Entgrenzung konstatieren. Nicht nur die Deckungsgleichheit von Staaten und Märkten ist verloren gegangen, auch die Deckungsgleichheit von transnationaler politischer Verregelung und deren demokratischer Kontrolle. Wenn also Entgrenzung des Nationalstaates die Konsequenz von Globalisierung ist und Global Governance die Antwort auf Globalisierung, dann bedarf es zur demokratischen Legitimierung von Global Governance auch neuer kollektiver, nämlich globaler, Identitäten, um die doppelte Deckungsgleichheit wieder herzustellen. Eigentlich paßt an dieser Stelle "Identität" gar nicht mehr, da er immer ein Gegenstück ("die anderen") voraussetzt. Der Begriff "globale Gemeinschaft" trifft den Sachverhalt in angemessener Weise. Die Frage ist nur, ob eine "globale Gemeinschaft" konstruiert werden muß oder ob sie primordialen Charakter hat, der allerdings durch den Dekonstruktionsprozeß "nationaler Gemeinschaften" erst offenbart werden muß. Die Bestrebungen zur Konstruktion einer europäischen oder asiatischen Identität wären ein Schritt in diese Richtung. Sie ist aufgrund gemeinsamer oder verwandter kultureller und religiöser Prägung der europäischen oder asiatischen Nationen jedenfalls eher vorstellbar als die Konstruktion einer weltbürgerlichen Identität. Die Konstruktion einer europäischen oder asiatischen

Identität ist allerdings mit dem Geburtsfehler des Kulturrelativismus behaftet und insofern eigentlich kontraproduktiv für global governance.

Entstehen sollen die neuen kollektiven Identitäten als Folge der Globalisierung, nämlich durch zunehmende Interaktionsdichte in allen sozialen Bereichen und der daraus resultierenden transnationalen Konvergenz von nationalen Werten wie z.B. Lebensstilen, Regierungsformen, sozialstaatlichen Normen, Menschenrechten etc⁴². Konterkariert wird aber auch dieses durch die neue Fragmentierung, die analog zu den vielen gebrochenen Identitäten führen muß.

Diskutiert werden, um das Demokratiedefizit von Global Governance zu beheben, bislang drei Modelle⁴³. Das liberal-internationalistische, das kommunitaristische und das kosmopolitische Modell, wobei ersteres eher als pragmatisch und die beiden letzteren eher als utopisch zu bezeichnen sind. Das Modell des liberalen Internationalismus wird von der Commission on Global Governance präferiert und geht weiterhin vom westfälischen Staatensystem aus, orientiert sich aber am Neoinstitutionalismus, der Interdependenz- und der Regime-Theorie. Die Annahme ist, daß es zu weltweiten Demokratisierungsprozessen kommt, die wiederum die friedliche Kooperation der Staaten zur Lösung internationaler Probleme fördern. Dahinter steht die auf Kant zurückgehende und empirisch durchaus belegbare These, daß Demokratien keine Kriege untereinander führen. Am Ende steht die völlige Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, die Herausbildung von verbindlichen internationalen Normen analog der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und die Kooperation der Staaten durch freiwilligen Souveränitätsverzicht auf Grundlage eines gemeinsamen Wertekanons. Es geht also um die **Reform** existierender Strukturen globaler Herrschaft in dem Sinne, daß die idealistische Tradition von Völkerbund und Vereinten Nationen fortgesetzt wird. Gebaut wird dabei auf die Einsicht in die Notwendigkeit auf seiten der Staaten, also ganz im Sinne der Grotianischen Tradition auf die Kooperationsbereitschaft aus Eigeninteresse.

Beim kommunitaristischen Modell, das von den neuen sozialen Bewegungen präferiert wird, geht es um die weltweite Schaffung **alternativer** Strukturen direkter Formen von Demokratie und um **neue** Formen des Regierens. Demokratische Herrschaft konstituiert sich demzufolge nach funktionalistischen und nicht nach territorialen Gesichtspunkten. Durch direkte Demo-

⁴² Vgl. dazu die dem Sozialkonstruktivismus verpflichteten Arbeiten von Alexander Wendt, z.B. Wendt 1998.

⁴³ McGrew 1998.

kratie legitimierte Körperschaften sollen zuständig sein für einzelne Politikfelder wie Handel, Umwelt, Gesundheit, wobei deren Reichweite von der Dimension des zu regulierenden Problems abhängt. Damit wird der Radius öffentlicher Räume variabel. Regulierend tätig werden entsprechende Komitees, die durch die jeweils Betroffenen gewählt werden.

Das eher in der akademischen Diskussion über Global Governance diskutierte Modell des Kosmopolitismus⁴⁴ zielt noch konsequenter als die erste Alternative auf eine postwestfälische internationale Ordnung. Es geht also nicht wie beim liberalen Internationalismus um eine Reform, sondern um eine **Umgestaltung** bestehender Institutionen. Die Nationalstaaten sollen durch neue demokratisch legitimierte Akteure nichtstaatlicher Art transzendiert werden. Die Reichweite der sich je nach Politikfeld und Problemlage konstituierenden politischen Räume wird auch hier variabel. Gebaut wird auf die Herausbildung einer internationalen Zivilgesellschaft⁴⁵, die sich durch neue soziale Bewegungen und Weltbürgerparteien konstituiert. Also in jedem Fall Aufbruch von Münster und Osnabrück – aber eine Reise ins Ungewisse.

⁴⁴ Vgl. dazu Archibugi/Held 1995, Held 1995, im Anschluß daran Beck 1997, 1998a, 1998b.

⁴⁵ Kößler/Melber 1993, Shaw 1996.

8. Literatur

Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter. Frankfurt: Suhrkamp 1998. (engl. 1996)

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt: Campus 1993. (engl. 1983)

Archibugi, Daniele/Held, David (Hrsg.): Cosmopolitan Democracy: An Agenda for a New World Order. Cambridge: Polity Press 1995.

Barber, Benjamin R.: Jihad vs. McWorld. New York: Times Books 1995.

Baudrillard, Jean: Symbolic Exchange and Death. London: Sage 1993. (franz. 1976).

Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung. Frankfurt: Suhrkamp 1997.

Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1998. (Beck 1998a)

Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt: Suhrkamp 1998. (Beck 1998b)

Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt: Suhrkamp 1996.

Beisheim, Marianne/Walter, Gregor: "Globalisierung": Kinderkrankheiten eines Konzepts. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4. 1997,1. S. 153-180.

Bide, Austin: The Influence of Science & Technology. London: London School of Economics, The Centre for the Study of Global Governance 1993. = Discussion Paper Nr. 1.

Böhret, Carl/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert - zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Leverkusen: Leske + Budrich 1993.

Brock, Lothar/Albert, Mathias: Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2.1995,2. S. 259-285.

Calließ, Jörg (Hrsg.): Auf dem Wege zur Weltinnenpolitik. Vom Prinzip der nationalen Souveränität zur Notwendigkeit der Einmischung. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum 1994. = Loccumer Protokolle 21/93.

Callinicos, Alex: Against Postmodernism: A Marxist Critique. New York: St. Martin's Press 1989.

Camilleri, Joseph A./Falk, Jim: The End of Sovereignty? The Politics of a Shrinking and Fragmenting World. Aldershot, Hants: Edward Elgar 1992.

Clark, Ian: Globalization and Fragmentation: International Relations in the Twentieth Century. Oxford: Oxford University Press 1997.

Commission on Global Governance (Hrsg.): Issues in Global Governance: Papers Written for the Commission on Global Governance. London 1995.

Cox, Robert W. (Hrsg.): The New Realism: Perspectives on Multilateralism and World Order. Tokyo: United Nations University Press 1997.

Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach Ende des Ost-West-Konflikts. München: Beck 1991.

Deleuze, Gilles/Guattari, Félix: Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie. Berlin: Merve 1992. (franz. 1980).

Desai, Meghnad/Redfern, P. (Hrsg.): Global Governance: Ethics and Economics of the World Order. London: Academic 1995.

Dror, Yehezkel: Ist die Erde noch regierbar? Ein Bericht des Club of Rome. München: Bertelsmann 1994.

Duchacek, Ivo D./Latouche, Daniel/Stevenson, Garth (Hrsg.): Perforated Sovereignities and International Relations: Trans-sovereign Contacts of Subnational Governments. New York: Greenwood 1988.

Edward, Jerry: Virtual States: Globalisation, Inequality and the Internet. London: Routledge 1998.

Elkins, David J.: Beyond Sovereignty: Territory and Political Economy in the Twenty First Century. Toronto: University of Toronto Press 1995.

Falk, Richard A.: The Interplay of Westphalia and Charter Conceptions of International Law. In: Cyril E. Black/Richard A. Falk (Hrsg.), The Future of the International Legal Order. Princeton, N.J.: Princeton University Press 1969.

Forschungsgruppe Weltgesellschaft: Weltgesellschaft: Identifizierung eines "Phantoms". In: Politische Vierteljahresschrift 37. 1996, 1. S. 5-26.

Ferguson, Yale H./Mansbach, Richard W.: Political Space and Westphalian States in a World of "Polities": Beyond Inside/Outside. In: Global Governance 2.1996, 2. S. 261-287.

Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren. Die Stockholmer Initiative zu globaler Sicherheit und Weltordnung, Die Charta der Vereinten Nationen. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden 1991.

Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp 1996. (engl. 1990)

Gill, Stephen (Hrsg.): Globalization, Democratization and Multilateralism. Basingstoke 1997.

Globalisation: What Challenges and Opportunities for Governments? Paris: OECD 1996.

Guéhenno, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1996.

Habermas, Jürgen: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Beck 1998a. S. 67-84.

Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt: Suhrkamp 1998b.

Hardin, Garrett: The Tragedy of the Commons. In: Science 162.1968, Nr. 3859. S. 1243-1248.

Held, David: Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance. Cambridge: Polity Press 1995.

Hirst, Paul/Thompson, Grahame: Globalization in Question: The International Economy and the Possibility of Governance. Cambridge 1996.

Holton, Robert: Globalization and the Nation-State. Basingstoke: Mac Millan 1998.

Horsman, Mathew/Marshall, Andrew: After the Nation State: Citizens, Tribalism, and the New World Disorder. London: HarperCollins 1994.

Judd, Frank: Global Governance: A Cry for Action. London: London School of Economics, The Centre for the Study of Global Governance 1993. = Discussion Paper Nr. 2.

Kim Woosang: Power Transitions and Great Power War from Westphalia to Waterloo. In: World Politics 45.1992,1. S. 153-172.

King, Alexander/Schneider, B.: Die erste globale Revolution. Frankfurt 1992. (= Bericht des Club of Rome)

Knieper, Rolf: Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung. Frankfurt: Fischer 1991.

Koch, Klaus: Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft. München 1995.

Köbller, Reinhart/Melber, Henning: Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp 1993.

Krasner, Stephen D.: International Political Economy: Abiding Discord. In: Review of International Political Economy 1.1994,1. S. 13-19.

Krasner, Stephen D.: Compromising Westphalia. In: International Security 20.1995/96,3. S. 115-151.

- Krause, Keith/Knight, W. Andy (Hrsg.): State, Society, and the UN System. Tokyo: United Nations University Press 1995.
- Krauthamer, Charles: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs 70. 1990/91,1. S. 23-33.
- Lash, Scott/Urry, John: Economics of Signs and Space. London 1994.
- List, Martin: Weltgesellschaft, Staatengemeinschaft und umfassende Sicherheit im Rahmen ökologischer Verträglichkeit. Gedanken zu einigen Grundbegriffen der internationalen Beziehungen. Hagen: Fernuniversität Hagen 1992.
- Luard, Evan: The Globalization of Politics: The Changes Focus Political Action in the Modern World. Houndmills: MacMillan 1990. Repr. 1993.
- Luard, Evan: International Society. Houndmills: MacMillan 1990.
- Lyons, Gene M./Mastanduno, Michael (Hrsg.): Beyond Westphalia? State Sovereignty and International Intervention. Baltimore: John's Hopkins University Press 1995.
- Lyotard, Jean-François: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Wien: Passagen 1994. (franz. 1979).
- McGrew, Anthony (Hrsg.): The Transformation of Democracy? Globalization and Territorial Democracy. Cambridge: Polity Press 1997.
- McGrew, Anthony: Demokratie ohne Grenzen? Globalisierung und die demokratische Theorie und Politik. In: Beck 1998a. S. 374-422.
- Mann, M.: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet? In: Prokla Nr. 106, 1997. S. 113-142.
- March, James G./Olsen, Johan P. (Hrsg.): Democratic Governance. New York: Free Press 1995.
- Menzel, Ulrich: Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt: Suhrkamp 1998.
- Messner, Dirk: Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Steuerung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung. Köln: Weltforum 1995.
- Messner, Dirk: Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozeß. In: Messner 1998b. S. 14-43. (Messner 1998a)
- Messner, Dirk (Hrsg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft. Bonn: Dietz 1998. (Messner 1998b)
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz: Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik. In: Messner/Nuscheler 1996b. S. 12-36. (Messner/Nuscheler 1996a)
- Messner, Dirk/Nuscheler Franz (Hrsg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser

- durch die internationale Diskussion. Bonn: Dietz 1996. (Messner/Nuscheler 1996b)
- Mürle, Holger: Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität GH Duisburg 1998. = INEF Report Nr. 32.
- Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. The Commission on Global Governance. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden 1995.
- Neyer, Jürgen: Spiel ohne Grenzen. Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und das Ende des sozial kompetenten Staates. Marburg: Tectum 1996.
- Ohmae, Kenichi: The End of Nation State: The Rise of Regional Economies. New York: Free Press 1995.
- Paolini, Albert/Jarvis, A./Reus-Smit, Christian (Hrsg.): Between Sovereignty and Global Governance. Basingstoke 1998.
- Perraton, Jonathan/Goldblatt, David/Held, David/McGrew, Anthony: Global Flows, Global Transformations: Concepts, Evidence and Arguments. Cambridge: Polity Press 1998.
- Pries, Ludger: Transnationale soziale Räume. In: Beck 1998b. S. 55-86.
- Regulatory Cooperation for an Interdependent World. Paris: OECD 1994.
- Reich, Robert: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt: Fischer 1996.
- Reinicke, Wolfgang H.: Global Public Policy: Governing Without Government? Washington D.C.: Brookings Institution Press 1998.
- Rheingold, Howard: Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn: Addison-Wesley 1994.
- Rifkin, Jeremy: The End of Work: The Decline of Global Labor Force and the Dawn of the Post-market Era. New York: Putman's 1995.
- Robertson, Roland: Globalization: Social Theory and Global Culture. London: Sage 1992.
- Rosenau, James N.: Along the Domestic-foreign Frontier: Exploring Governance in a Turbulent World. Cambridge: Cambridge University Press 1997.
- Rosenau, James N./Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.): Governance Without Government: Order and Change in World Politics. Cambridge: Cambridge University Press 1992.
- Sakamoto, Yoshikazu (Hrsg.): Global Transformation: Challenges to the State System. Tokyo: United Nations University Press 1994.
- Sassen, Sakia (Hrsg.): Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization. New York: Columbia University Press 1996.

Scharpf, Fritz W.: Demokratie in der transnationalen Politik. In: Beck 1998a. S. 228-253.

Shaw, Martin: Global Society and International Relations: Sociological Concepts and Political Perspectives. Cambridge: Polity Press 1994.

Shaw, Martin: Civil Society and Media in Global Crisis. London: Pinter 1996.

Strange, Susan: Wake Up, Krasner! The World **Has** Changed. In: Review of International Political Economy 1.1994,2. S. 209-219.

Streek, Wolfgang: Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft. In: Beck 1998a. S. 169-202.

UNU Advisory Team: Programme on Peace, Security and Global Governance: A UNU Agenda for Research, Reflexion and Advanced Training. Advisory Team report. Tokyo: UNU o.J.

Varwick, Johannes: Globalisierung und "Global Governance". Möglichkeiten und Mißverständnisse bei der politischen Gestaltung des Globalisierungsprozesses. In: Gegenwartskunde Nr. 1,1998. S. 47-59.

Vattimo, Gianni: The End of Modernity: Nihilism and Hermeneutics in Post-modern Culture. Cambridge: Polity Press 1988. (ital. 1985).

Vogler, John: Globale Umweltpolitik. In: Beck 1998b. S. 293-331.

Waters, Malcolm: Globalization. London: Routledge 1996.

Weiss, Thomas G./Gordenker, Leon (Hrsg.): NGOs, the UN, and Global Governance. Boulder, Col.: Lynne Rienner 1996.

Wendt, Alexander: Der Internationalstaat: Identität und Strukturwandel in der internationalen Politik. In: Beck 1998b. S. 381-410.

Young, Oran R. (Hrsg.): Global Governance: Drawing Insights from the Environmental Experience. Cambridge, Mass.: MIT Press 1997.

Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt: Suhrkamp 1998. (Zürn 1998a)

Zürn, Michael: Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung. In: Beck 1998a. S. 297-330. (Zürn 1998b)

Die Wiederentdeckung des Staates.

Die neue Politik der Weltbank und die entwicklungspolitische Diskussion über das asiatische Wirtschaftswunder

1) Das Entwicklungsgefälle nimmt zu

Das Entwicklungsgefälle zwischen den Industrieländern und den sog. Entwicklungsländern ist in den 1980er und 1990er Jahren trotz aller entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht reduziert worden. Im Gegenteil - es hat gegenüber weiten Teilen der Welt sogar in dramatischer Weise zugenommen. Diese Feststellung gilt insbesondere für Afrika südlich der Sahara, den Nahen und Mittleren Osten von Marokko bis Pakistan, für Lateinamerika und die Karibik, für Südosteuropa sowie für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Sie gilt aber nicht für große Teile von Asien. Südasien hat seine Position leicht verbessern können, einige Länder in Ost- und Südostasien, nämlich die Schwellenländer der zweiten Generation (Malaysia, Thailand, Indonesien und China), sind auf dem besten Wege, das Entwicklungsgefälle gegenüber den Industrieländern deutlich zu reduzieren, und die ehemaligen Schwellenländer der ersten Generation, nämlich Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea haben die Kluft sogar bereits geschlossen und sind in die Gruppe der Industrieländer aufgestiegen.

Die nachfolgende Tabelle illustriert die unterschiedliche Wachstumsdynamik der genannten Großregionen:

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate
des BSP pro Kopf 1985-1995 in Prozent

Afrika südl. der Sahara	-1,1	
Naher Osten und Nordafrika	-0,3	
Lateinamerika und Karibik	0,3	
Südasien	2,9	
Ostasien und Pazifik	7,2	
darunter: Thailand		8,4
China		8,3
Südkorea		7,7
Taiwan ^a		6,9
Singapur		6,2
Indonesien		6,0
Malaysia		5,7
Hongkong		4,8
Japan		2,9
Länder mit hohem Einkommen	1,9	
darunter: Frankreich		1,5
Großbritannien		1,4
USA		1,3
Kanada		0,4

a) 1985-1994

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1997, S. 245-246;
Taiwan Statistical Data Book 1995, S. 35.

Über den Zeitraum von 1985 bis 1995 hatten die "Länder mit hohem Einkommen", das sind die OECD-Länder sowie einige OPEC-Länder am Persischen Golf, eine durchschnittliche Wachstumsrate des BSP pro Kopf von 1,9 Prozent jährlich zu verzeichnen. Die etwa 50 "Entwicklungsländer" in Afrika südlich der Sahara verbuchten demgegenüber ein "Wachstum" von -1,1 Prozent und der Nahe und Mittlere Osten von -0,3 Prozent. Angesichts eines so lange anhaltenden "Minuswachstums" wird der Euphemismus des Begriffs "Entwicklungsländer" für diese Großregionen besonders deutlich. Die alten und neuen Schwellenländer in Ost- und Südostasien hingegen konnten mit einem jährlichen Wachstum von 7,2 Prozent aufwarten, das selbst im welthistorischen Vergleich eine herausragende Position einnimmt, so daß der nicht nur im Asienbericht der Weltbank verwendete Begriff "Miracle" auf den ersten Blick durchaus seine Berechtigung hat⁴⁶.

Den schärfsten Kontrast bilden sicherlich die Großregionen "Afrika südlich der Sahara" einerseits, bis auf wenige Länder der Katastrophenkontinent schlechthin mit negativem Pro-Kopf-Wachstum und damit nicht nur relativer sondern absoluter Verarmung, mit hohem Bevölkerungswachstum, niedrigem Bildungsniveau, kurzer durchschnittlicher Lebenserwartung, großer Ungleichheit in der Einkommensverteilung, Diktatur, Staatszerfall, Kriegen und Bürgerkriegen - ein Kontinent, der nicht zur Ruhe kommt und eher düstere Zukunftschancen verspricht, und auf der anderen Seite die "Wirtschaftswunderökonomien" in Ost- und Südostasien mit hohem Pro-Kopf-Wachstum über einen langen Zeitraum, mit eher homogener Einkommensverteilung, mit in etlichen Ländern bereits vollzogenem demographischen Übergang, mit hohem Bildungsniveau, mit langer Lebenserwartung, mit relativ hoher politischer Stabilität und in einigen Ländern sogar mit der Tendenz zur Demokratisierung der Gesellschaft (Robinson 1991), obwohl doch die koloniale Vergangenheit und die Einbindung in internationale Arbeitsteilung beiden Regionen gemeinsam ist.

Dieser Kontrast mußte Konsequenzen für die entwicklungspolitische Diskussion der 1990er Jahre haben. Die bis dato herrschende und insbesondere von der Weltbank propagierte neoliberale Orthodoxie mit ihrem universalistischen explikativen wie normativen Anspruch, die auch in der Entwicklungspolitik allein auf die Kräfte des Marktes vertraute, mußte erklären, wieso dieses Rezept in weiten Teilen der "Dritten Welt" offensichtlich keine Erfolge aufzu-

⁴⁶ Vgl. dazu Menzel 1998, Kap. 6 und die ebd. S. 128 zitierte zahlreiche Literatur, die den Begriff "Wunder" im Titel verwendet.

weisen hatte. Außerdem sah sie sich im Hinblick auf die Hochwachstumsregion in Ost- und Südostasien mit alternativen Theorien konfrontiert, die das dortige Wachstum eher auf die institutionellen Strukturen zurückführten, in die der Markt dort eingebunden ist, oder gar kulturalistische Erklärungen anboten (Killick 1994).

2) Idealtypen: Profit versus Rente, Wachstum versus Sicherheit

Bevor auf diese, den entwicklungspolitischen Diskurs der 1990er Jahre prägende Kontroverse eingegangen wird, in der sich Neoliberale und "Revisionisten", die Weltbank und das japanische Finanzministerium als wichtige Opponenten gegenüberstanden, soll ein Ansatz skizziert werden, der in idealtypischer Weise den Kontrast der genannten Regionen auf unterschiedliche Motive im Handeln der entwicklungsstrategisch relevanten Akteure oder Gruppen (Evers/Schiel 1988) zurückführt und von dieser Seite Licht auf die genannte Kontroverse wirft. Unterschieden werden dabei die Großregionen "Westen"⁴⁷, "Afrika südlich der Sahara" sowie "Nahe und Mittlerer Osten", "Ostasien"⁴⁸ und "Südostasien"⁴⁹, wobei das hier zugrundeliegende theoretische Argument eine langfristige Perspektive voraussetzt.

Im **Westen** ist es im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung zur Dominanz der liberalen **Logik des Profits** gekommen. Gemeint ist damit, daß die wesentliche Quelle des Einkommens nicht mehr wie zuvor die Grundrente ist, sondern der Profit, der aus unternehmerischer Tätigkeit resultiert. Marktorientierung, Innovations- und Risikobereitschaft, Konsumverzicht, Sparen und Investieren sind wesentliche Variablen, die die wirtschaftliche Dynamik der Gesellschaft beeinflussen. Innovative Unternehmer á la Schumpeter avancieren in profitorientierten Gesellschaften zur strategischen Gruppe und lösen die Grundbesitzer in dieser Rolle ab. Profitmaximierung verlangt also die Maximierung unternehmerischer Anstrengung, die sich wiederum an Märkten und Preisen orientiert. Der Staat setzt hier im Sinne eines "embedded liberalism" eher die Rahmenbedingungen, schafft Rechtssicherheit, garantiert funktionierende Kapitalmärkte, sorgt für die Bereitstellung öffentlicher Güter, korrigiert ggf. Marktversagen und betreibt ergänzend zu gewerkschaftlicher oder genossenschaftlicher Gegenmacht Umver-

⁴⁷ Westeuropa und ehemalige angelsächsische Siedlerkolonien

⁴⁸ Japan, Südkorea, Taiwan, China

⁴⁹ Länder der ASEAN-Gruppe (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand)

teilungspolitik. Die regulierende Rolle des Staates war und ist in Kontinentaleuropa allerdings ausgeprägter als in den angelsächsischen Ländern, in denen der Neoliberalismus in den 1980er Jahren folglich auch einen stärkeren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik gewinnen konnte.

In **Afrika südlich der Sahara**, aber auch in vielen Ländern des **Nahen und Mittleren Ostens**, ist es bei der Dominanz der parasitären **Logik der Rente** geblieben⁵⁰. Einkommen entsteht dort nicht primär aus unternehmerischer Tätigkeit, sondern aus politischer Kontrolle über einkommensträchtige Ressourcen. Dabei meint der Begriff Ressourcen weit mehr als bloß Grundbesitz wie im feudalen Europa. Wichtige Einkommensquelle neben der Grundrente aus Landbesitz oder der Kontrolle von Rohstoffen (z.B. Öl, Kupfer, Diamanten, Elfenbein) ist die Besteuerung des Außenhandels, gleichgültig ob Import oder Export, ohne erkennbare entwicklungsstrategische Absicht. Aber auch die Entwicklungshilfe, die Waffenhilfe, selbst die Katastrophenhilfe können eine wichtige Quelle von Renteneinkommen sein, wenn, wie in etlichen afrikanischen Ländern der Fall, zwischen 20 und 50 Prozent des Staatshaushaltes durch externe Zuwendungen finanziert werden. Dieser externe Bezugsrahmen der Renteneinkommen (Royalty-Zahlungen von ausländischen Rohstoffkonzernen, Besteuerung des Außenhandels, Entwicklungshilfe) perpetuiert politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten von Rentenökonomien.

Die Rente ist die ökonomische Basis der Staatsklassen, politische Macht garantiert ihre ökonomische Existenz. Rentenorientierte Staatsklassen werden so zu strategischen Gruppen. Eine Maximierung der Renteneinkommen verlangt aber nicht die Maximierung unternehmerischer Anstrengungen, sondern eine Maximierung der politischen Kontrolle über rententrächtige Ressourcen. "Investiert" werden muß demzufolge in die Unterdrückungsorgane des Staatsapparats, nämlich in die Armee, die Polizei und den Geheimdienst. Der Kampf um die Renteneinkommen, also der Kampf um die politische Kontrolle über wichtige Ressourcen, wird somit zum Schlüssel vieler politischen Konflikte. Die zahlreichen Rebellionen, Putsche und Gegenputsche, die "Befreiungs"- und "Contra"-Bewegungen in den Ländern des Südens lassen sich mithin als Kämpfe rivalisierender Teile der Staatsklasse um die Renteneinkommen interpretieren.

⁵⁰ Der klassische Text zum Thema aus neoliberaler Warte ist Krueger 1974. Vgl. auch Elsenhans 1992 sowie im Überblick Ashoff 1988, Müller 1983 und Schmid 1991.

Notwendig zum Machterhalt ist aber nicht nur die "Investition" in die Organe der staatlichen Unterdrückung inkl. besonderer Privilegien für dessen Angehörige, notwendig sind auch "Investitionen" in die Symbole zur politischen Legitimitätsbeschaffung. Dazu gehören Präsidentenpaläste, Mercedes-Limousen, BMW-Motorradeskorten, Ehrenformationen, Militärparaden, Sportstadien, Flughafenempfangsgebäude und Prachtstraßen zwischen Flughafen und Präsidentenpalast, um den Jubel für ausländische Staatsgäste zu inszenieren. Geworben werden muß ferner um die Unterstützung der städtischen Massen, insbesondere in der Hauptstadt, etwa durch die Subventionierung des Brotpreises. Überschüsse aus den Renteneinkommen werden, soweit sie nicht dem Luxuskonsum dienen, nicht in produktive Tätigkeiten investiert, sondern zur Erzielung weiterer Renten verwendet, etwa durch Portfolioanlagen in der Schweiz oder anderen "sicheren" Ländern. Rentenorientierte Staatsklassen sind mithin eine wesentliche Ursache für wirtschaftliche Stagnation bzw. eine schrumpfende Ökonomie.

In **Ostasien**, also in Japan und später in Korea (Kohli 1994), China und Taiwan, ist es zur Herausbildung des bürokratischen Entwicklungsstaates gekommen, der einer **nationalistisch** motivierten **Logik des Wachstums** verpflichtet ist (Gore 1998). Eine unbedingte Wachstumspolitik wird nicht zuletzt deshalb verfolgt, um das als demütigend empfundene Entwicklungsgefälle gegenüber dem Westen aufzuheben. Nicht der Liberalismus wie im Westen, sondern ein aus liberaler westlicher Perspektive sogenannter "Revisionismus" ist das herrschende Paradigma. Märkte und Unternehmer sind zwar erwünscht, werden aber zur Verfolgung eines dem privaten Profitinteresse übergeordneten Wachstumsziels von der Bürokratie instrumentalisiert⁵¹. Es geht nicht nur um staatliche Anreize für eine effiziente Ressourcenallokation, sondern um die Beschleunigung der Kapitalakkumulation insgesamt. Wachstumsmaximierung ist wichtiger als Profitmaximierung. Der Staat, vertreten durch seine Bürokratie, setzt deshalb weit mehr als nur die Rahmenbedingungen wie im Westen. Orientiert an einer politisch motivierten Perspektivplanung wird er zu einer zentralen Steuerungsinstanz⁵². In Schlüsselsektoren oder Initiationsphasen wird er sogar selber zum Unternehmer bzw. zum Unternehmer auf Zeit. Auch die Exportorientierung ist kein Wert an sich, die an einem universalistischen Wohlfahrtsverständnis als Folge der Nutzung komparativer Vorteile orientiert ist, sondern Export- und Binnenmarkt sind Teilmengen eines wachstumsfördernden Gesamtmarkts, den es zu nutzen gilt.

⁵¹ Vgl. dazu die weiter unten zitierte "revisionistische" Literatur.

⁵² Vgl. dazu den Klassiker und Stammvater des "Revisionismus" Norman 1975 (Original von 1940).

Die staatlichen Hebel zur Globalsteuerung sind nicht nur formeller Art und dem klassischen Instrumentarium der Wirtschaftspolitik entnommen, sondern eher die informelle Beeinflussung von Fall zu Fall, die mit dem Begriff des "informellen Verwaltungshandelns" (administrative guidance) bezeichnet wird. Strategische Gruppen sind in Ostasien die Spitzenbürokraten in den wirtschaftsnahen Ministerien (Finanzen, Außenhandel, Industrie, Post- und Telekommunikation, Bauwesen, Transport und Verkehr). Damit korrespondiert eine starke Konzentration der Wirtschaft auf wenige Mischkonzerne, wobei nicht selten persönliche Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft durch den Wechsel von Spitzenbürokraten in die Chefetagen der mit den Ministerien korrespondierenden Großkonzerne das eigentliche Scharnier bilden. Ihre starke und weitgehend autonome Position konnte die Bürokratie in Ostasien deshalb erringen, weil es aus diversen Gründen keine dominante ökonomische Klasse wie etwa den Großgrundbesitz gab bzw. diese im Zuge von Bodenreformen ausgeschaltet wurde. Ob das bürokratische Entwicklungsmodell mit seiner sukzessiven Verschränkung von Importsubstitution und Exportorientierung nach japanischem Muster über Korea, Taiwan, China und ggf. Singapur hinaus auf ganz Südostasien übertragen werden kann, wie etwa Akamatsu mit seiner Metapher vom Gänseflug meint (Akamatsu 1961 und 1962), wird in der Literatur in Frage gestellt (Bernard/Ravenhill 1995).

In **Südostasien**, also im Bereich der ASEAN-Staaten, ist nämlich nicht die Bürokratie, sondern das auslandschinesische Unternehmertum die strategische Gruppe, die für die Entwicklungsdynamik verantwortlich ist (Gambe 1996, Oxfeld 1993, Pan 1990, Redding 1990, Seagrave 1995, Wong 1988, Yoshihara 1988). Insofern ist das hohe Wachstum in Asien nicht die Geschichte eines, sondern die Geschichte von zwei "Wundern"⁵³. Als klassische Region (nanyang) der chinesischen Auswanderung bilden die chinesischen Migranten hier überall eine beträchtliche Minderheit: Auf den Philippinen etwa 2 Prozent, in Indonesien etwa 3,5 Prozent, in Thailand etwa 10 Prozent, in Malaysia etwa 29 Prozent und in Singapur sogar die breite Mehrheit von etwa 77 Prozent der Bevölkerung. Aufgrund ihrer Minderheitenposition, die ihnen viele Berufe und wirtschaftliche Tätigkeiten verwehrt (z.B. Staatsdienst, Grundbesitz), sind sie auf wenige Unternehmensfelder verwiesen, die aber inzwischen weit über die klassischen Branchen Handel und Geldverleih hinausgehen. Die Palette der auslandschinesischen Unternehmen reicht dabei vom "Dorfchinesen", der sich als Kleinhändler und Geldver-

⁵³ Perkins 1994 spricht sogar von wenigstens "drei Wundern".

leiher betätigt, bis zum Multinationalen Mischkonzern. Die rassische Diskriminierung und die immer wieder aufflackernden Progrome in allen südostasiatischen Ländern verpflichten die chinesischen Unternehmer auf eine Logik, bei der **Sicherheit** und Langfristigkeit eines Engagements wichtiger sind als der schnelle Profit. Daraus resultiert eine **ethnische Logik** (Gambe 1997), die sich nur scheinbar an liberalen Kriterien orientiert.

Die Führungspositionen eines Unternehmens werden ausschließlich mit Personen besetzt, denen man unbedingt vertrauen kann. Wirklich vertrauenswürdig sind aber nur Familienangehörige, die durch Verwandtschaft und durch die konfuzianische Ethik miteinander verbunden sind. Dies führt zu einer klaren Hierarchie, die auch die Unternehmenshierarchie abbildet. Jedes Unternehmen muß eingebunden sein in ein Netzwerk aus Vertrauen (xinyong) und Beziehungen (guanxi), das am besten mit Blutsverwandten, Angehörigen des eigenen Clans oder der eigenen Herkunftsregion, mindestens aber mit Landsleuten geknüpft wird. Diese Netzwerke sollten **grenzüberschreitenden** Charakter haben, um die politischen Risiken, die aus einer Konzentration von geschäftlichen Aktivitäten auf nur ein Land entstehen, breit zu streuen. Folglich sind die Zentralen der großen Familienunternehmen national nur schwer zuzuordnen, gibt es im Unterschied zu Ostasien keinen nationalen Partner für den bürokratischen Entwicklungsstaat. Geschäftsaktivitäten und Kapitalien sind im Krisenfall sehr schnell auf andere Familienmitglieder zu verlagern, die ihren Sitz wahlweise in Jakarta, Manila, Singapur, Bangkok und Kuala Lumpur, aber auch in San Francisco, London, New York bzw. in Shanghai, Hongkong, Kanton oder Taipeh haben können. Von existentieller Bedeutung sind gute Beziehungen zu den auch in Südostasien anzutreffenden einheimischen Staatsklassen, deren Mitglieder ggf. als Strohmänner fungieren können in Geschäftsbereichen, die den Auslandschinesen offiziell verwehrt sind. Die Renteneinkommen der Staatsklassen in Südostasien speisen sich folglich zu erheblichen Teilen aus den Zuwendungen der Auslandschinesen, wofür diese im Gegenzug politischen Schutz genießen. Besonders prominente Beispiele sind etwa der Suharto-Klan in Indonesien oder der Marcos-Klan auf den Philippinen.

3) Die asiatischen "Wunderökonomien" und die entwicklungspolitische Diskussion

Eine Argumentation, die die unterschiedliche institutionelle Einbettung des Marktes und die jeweilige Motivation der für den Entwicklungsprozeß strategisch wichtigen Akteure betont,

vermag auch zum besseren Verständnis der entwicklungspolitischen Debatte der 1990er Jahre beizutragen. Diese entzündete sich weniger am afrikanischen Elend als vielmehr am asiatischen Wirtschaftswunder. Dabei standen sich drei Positionen nahezu unversöhnlich gegenüber. Die neoklassische Position, die in der Exportorientierung nach Maßgabe komparativer Vorteile, in staatlicher Deregulierung und Privatisierung, also in der Existenz eines freien Unternehmertums, das auf Märkte und Preise reagiert, den Schlüssel zum Verständnis der Wachstumsdynamik erblickt; ferner die "revisionistische" Position, die in vielen Ländern der Region den bürokratischen Entwicklungsstaat und dessen administrative Lenkung nach japanischem Muster erkennt; und schließlich die kulturalistische Position, die im Konfuzianismus, in der kulturellen Einzigartigkeit Japans (Dale 1990) oder neuerdings wieder⁵⁴ in den sog. asiatischen Werten (Hein/Hammond 1995, Johnstone 1996, Funabashi 1993, Hummel 1997), also in Gruppen- und Konsensorientierung, Bildungsbeflissenheit, Arbeitsethik, Unterwerfung unter staatliche Autorität u.a. die Erklärung für die Wachstumserfolge sucht. Der Umstand, daß **alle** Länder mit hohem Wachstum sich in Asien und noch dazu in der Nachbarschaft zu Japan befinden, sollte jedenfalls Grund genug sein, möglichen soziokulturellen und historischen Gemeinsamkeiten der Region nachzugehen, wie das für den "Westen" ja auch ganz selbstverständlich als legitim angesehen wird.

An dieser Stelle ist es notwendig, den Begriff "Revisionismus" im Gegensatz zum Begriff "Liberalismus" oder "Neoliberalismus" zu erläutern. In der allgemeinen wirtschaftspolitischen Diskussion werden die beiden Begriffe zur Kennzeichnung einer eher "staatsfreundlichen" oder eher "marktfreundlichen" Grundposition verwendet, die Entwicklungsprobleme eher auf Markt- bzw. Staatsversagen zurückführt, das es zu korrigieren gilt. "Revisionistisch" aus einer neoliberalen Sichtweise ist somit eine Politik, die auf dem Gebiet des Außenhandels oder der Industrialisierung das liberale Dogma des Vertrauens auf die Kräfte des Marktes in Frage stellt.

Die Kontroverse zwischen "Revisionisten" und Liberalen hat derzeit zwei Schauplätze. Der eine Schauplatz ist der Handelskonflikt, den die USA mit Japan und anderen asiatischen Ländern austragen. Einerseits wird den Asiaten von amerikanischen Liberalen vorgeworfen, daß sie sich in ihrer Wirtschaftspolitik nicht an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientieren,

⁵⁴ In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Asianismus in Reaktion auf die "Verwestlichung" Japans bereits wiederentdeckt. Vgl. Iida 1997.

andererseits fordern die amerikanischen "Revisionisten", daß die USA selber zu industriepolitischen Mitteln greifen sollen, um in der Konkurrenz mit Asien bestehen zu können (Hummel 1998). Der zweite Schauplatz der Kontroverse ist die Entwicklungspolitik. Neoliberale Ökonomen leugnen, daß es einen Unterschied zwischen ökonomischer Theorie und Entwicklungsökonomie gibt und betonen die Universalität der ökonomischen Gesetze. Fehl- oder Nichtentwicklung wird auf das Versagen des Interventionsstaates zurückgeführt und als Erbe des Entwicklungskeynesianismus der frühen Jahre interpretiert. "Revisionisten", in der Regel eher Politikwissenschaftler als Ökonomen, verweisen hingegen auf die asiatischen Schwellenländer, deren Erfolge gerade nicht auf die Kräfte des Marktes, sondern auf die intervenierende Rolle des Staates zurückgeführt werden. Also auch hier ist Asien der Bezugspunkt der Diskussion, gibt es sogar personelle Überschneidungen (z.B. Chalmers Johnson) zwischen den beiden "revisionistischen" Diskursen. Dieses ist auch nicht verwunderlich, wenn man eine Kontinuität nachholender Entwicklung der Newly Industrializing Countries in Asien unterstellt, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts mit Japan begonnen hat, sich in den ehemaligen japanischen Kolonien fortsetzte und jetzt Südostasien erreicht hat.

Problematisch ist der Begriff "Revisionismus" allerdings insofern, als "Revisionismus" nur aus einer neoliberalen Perspektive vorliegt und diese auch noch unzulässigerweise verabsolutiert wird. Es läßt sich unschwer zeigen, daß sowohl in der ökonomischen Theorie wie in der tatsächlichen Politik seit dem europäischen Merkantilismus das "staatsfreundliche" Paradigma eher die Regel und das "marktfreundliche" Paradigma eher die Ausnahme war. Das gilt selbst für das Mutterland des Liberalismus, Großbritannien, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, aber auch für Frankreich, Deutschland und vor allem für die USA seit dem Bürgerkrieg bis hin zum Smooth-Hawley-Tarif von 1930, der Politik des New Deal und dem Keynesianismus der Nachkriegszeit. Es gilt um so mehr seit den späten 1940er Jahren für die Entwicklungspolitik im engeren Sinne, die lediglich in den 1980er Jahren eindeutig neoliberal geprägt war. Nicht zufällig haben die "Revisionisten" die Neoliberalen auf diesem Feld als "Konterrevolutionäre" bezeichnet⁵⁵. Selbst die Klassiker von Adam Smith und David Ricardo bis zu Friedrich List und Karl Marx haben sich immer als Politische Ökonomen und nicht bloß als Ökonomen verstanden, zumal im englischen Sprachgebrauch der Begriff "Political Economy" oder "Intern-

⁵⁵ Vgl. dazu die Debatte zwischen Lal 1983 und Toye 1987, auf die sich Krugman 1993 bezieht.

tional Political Economy" (IPE) ganz ohne die marxistische Konnotation wie im Deutschen verwendet wird.

Auch die Begriffe "Kulturalismus" oder "Asianismus" bedürfen der Erläuterung, da beide ebenfalls im Gegensatz zum Liberalismus verwendet werden. Der Liberalismus nimmt für sich in Anspruch, universalistische Werte und Normen zu vertreten. Aus einer kulturrelativistischen Warte wird hingegen argumentiert, daß der Liberalismus und sein universalistischer Anspruch nur das Produkt westlichen Denkens, eben ein westliches Konstrukt, seien. Er taue zwar als Erklärung und Handlungsanweisung für westliche Gesellschaften, nicht aber so ohne weiteres für nichtwestliche Gesellschaften. Insbesondere die wirtschaftlichen Erfolge in Asien werden dort zunehmend eher auf eigene Wertvorstellungen und nicht, wie zu früheren Zeiten, eher auf die Nachahmung westlicher Modellvorstellungen zurückgeführt. "Revisionisten" aus einer "kulturalistischen" Perspektive sind in diesem Diskurs im Grunde die asiatischen Liberalen, die den Erfolg ihrer Länder auf deren Öffnung und Kosmopolitität zurückführen. Japan nimmt hier eine Sonderstellung ein. Solange Japan das einzige Land in Asien war, das den Aufstieg zur Industrienation geschafft hatte, wurde auf die "Einzigartigkeit" (nihonron-Diskurs) seiner Kultur insistiert (Mouer/Sugimoto 1986). Seit es von immer mehr sich industrialisierenden Ländern umgeben ist und deren Industrialisierungsweg zumindest Verwandtschaft zu Japan aufweist, wird ein asiatischer Diskurs aus den 1930er Jahren wiederbelebt, der Japan damals wie heute als Teil einer gemeinsamen Kulturregion versteht, die anders ist als der Westen. Damals war dieser die Reaktion auf die "Verwestlichung" in der Folge der Meiji-Zeit und sollte die japanische Expansion in Asien legitimieren. Diesmal ist er die Reaktion auf den amerikanischen Druck zur Liberalisierung (Stichwort "Markttöffnung") und die wachsende wirtschaftlichen Verflechtung mit Asien, das zunehmend als Alternative zum amerikanischen Markt dienen kann.

Auf dem hier thematisierten Feld hat insbesondere der Streit zwischen den "Revisionisten" und den Neoliberalen (vgl. Chowdhury/Islam 1993) die entwicklungspolitische Debatte der letzten Jahre angeregt, wobei dieser "Revisionismus" sogar ein doppelter ist, da er sich gleichermaßen gegen die Dependenztheorie wie gegen die Neoklassik wendet. In den 1970er Jahren war die Stoßrichtung der späteren "Revisionisten" nämlich gegen die Dependenztheorie gerichtet (Cline 1982, Haggard 1990), die das Schwellenländerphänomen nicht, jedenfalls

nicht überzeugend, zu erklären vermochte und argumentiert hatte, daß eine Weltmarktorientierung zu Entwicklungsblockaden führen müsse (z.B. Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977).

Erst 1982 wurde das Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates mit Chalmers Johnsons Klassiker "MITI and the Japanese Miracle" begründet, der insbesondere die Kontinuitäten der japanischen Industriepolitik seit den 1920er Jahren herausgearbeitet hatte. Bereits hier tauchte erstmals der Begriff "Wunder" auf. Weitere Stationen der "revisionistischen" Theoriebildung waren Bruce Cummings Aufsatz von 1984 "The Origin and Development of the Northeast Asian Political Economy"⁵⁶, der Sammelband von Evans/Rueschemeyer/Skocpol "Bringing the State Back In" von 1985, in dem u.a. auch die spätere prominente Weltbankkritikerin, Alice Amsden, mit einem Aufsatz über Taiwan vertreten war, ferner der von Gordon White and Robert Wade herausgegebene Forschungsbericht des Institute of Development Studies in Sussex "Developmental States in East-Asia" ebenfalls von 1985⁵⁷, der von Frederic C. Deyo editierte Sammelband "The Political Economy of the New Asian Industrialism" von 1987, in dem fast alle prominenten "Revisionisten" vertreten sind, desweiteren Alice Amsdens berühmtes Korea-Buch von 1989 "Asia's Next Giant", Robert Wades immer wieder zitiertes Standardwerk "Governing the Market" von 1990⁵⁸, die Aufsatzsammlung von Chalmers Johnson "Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State" von 1995⁵⁹ und zuletzt der vergleichende Sammelband von Aoki/Kim/Okuno-Fujiwara "The Role of Government in East Asian Economic Development" von 1998, der allerdings eher eine institutionalistische, den Markt befördernde ("market enhancing"), als eine "staatsfreundliche" Position einnimmt.

Parallel dazu hatte sich die Frontstellung in der Debatte verschoben. Nicht mehr die Dependenztheorie, die weltweit nur noch nachlassende Anhängerschaft in der entwicklungspolitischen Debatte verbuchen konnte, sondern die Neoklassik wurde zum eigentlichen Antipoden der "Revisionisten". Letztere war entstanden aus der Kritik am Entwicklungskeynesianismus der "Pioniere" der frühen Jahre, der seine große Zeit zwischen 1943 (Rosenstein-Rodans Theorie des "big push") und 1958 (Hirschmans "Strategy of Economic Growth") hatte (Meier/Seers 1984, Meier 1987). Die "Pioniere" hatten damals eine protektionistische Politik der

⁵⁶ Deutsch in Menzel 1989, Bd. 4.

⁵⁷ Bzw. die Buchversion White 1988.

⁵⁸ Vgl. auch den Aufsatz von Wade 1992.

⁵⁹ Der titelgebende Aufsatz für den Sammelband "Japan: Who Governs? An Essay on Official Burocracy" stammt bereits aus dem Jahre 1975. Deutsch in Menzel 1989, Bd. 2.

Importsubstitution empfohlen und die nicht oder nur kaum vorhandenen Unternehmer in den "Entwicklungsländern" zumindest zeitweise durch den Staat ersetzen wollen. Von neoliberaler Seite (z.B. Lal 1983, 1985) wurde das Scheitern des Entwicklungskeynesianismus der 1950er und 1960er Jahre auf das "Staatsversagen", also eine überforderte Bürokratie, die die Kräfte des Marktes blockiert habe und nur an den eigenen Renteneinkommen interessiert gewesen sei, zurückgeführt.

In die entwicklungspolitische Diskussion eingeführt wurde das neoklassische Paradigma unter der Ägide der Weltbank mit dem Aufsatz von Bela Balassa, "Growth Strategies in Semi-industrial Countries" von 1970. Insbesondere die beiden Korea-Studien der Weltbank aus den Jahren 1976 von Parvez Hasan und 1979 von Hasan und Rao lieferten die Anwendung auf das ostasiatische Schwellenländer-Phänomen. Wiederum Bela Balassa war es, der 1981 mit einer Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel "The Newly Industrializing Countries in the World Economy", die fast alle unter der Ägide der Weltbank entstanden waren, das neue Paradigma kodifizierte. Diese und andere Weltbankstudien führten zusammen mit den Schriften von Anne Krueger vom amerikanischen National Bureau of Economic Research wie z.B. "The Experience and Lessons of Asia's Super Exporters" (1985) zum sog. Washington-Konsens aus Weltwährungsfonds, Weltbank und US-Administration und damit in den 1980er Jahren auch zum Siegeszug des Neoliberalismus in der Entwicklungspolitik⁶⁰. Washington-Konsens hieß, daß der Staat nur für die Rahmenbedingungen zuständig ist, nicht aber als Regulator der Ökonomie wirken darf, und daß die weltweite freie Bewegung von Kapital, Gütern und Dienstleistungen (nicht aber von Arbeitskräften) zu gewährleisten ist. Der frühere Unterschied zwischen Entwicklungsökonomie und allgemeiner ökonomischer Theorie wurde also nicht mehr gemacht. Ökonomische Theorie wurde außerdem gleichgesetzt mit Neoliberalismus. Außerökonomische Faktoren blieben unberücksichtigt. Diese "Konterrevolution" im entwicklungspolitischen Denken (Toye 1987) plädierte für den Vorrang des Marktes und Rückzug des Staates durch Steuersenkung, Ausgabenkürzung (bei den Sozialausgaben), Privatisierung und Deregulierung.

⁶⁰ Dieser Siegeszug des neoliberalen Denkens ist dokumentiert bei Yergin/Stanislaw 1998.

4) Japan revidiert die Weltbank oder "King Kong Meets Godzilla"⁶¹

Die Thematisierungsmacht und der universale Erklärungsanspruch der Weltbank manifestierte sich in den 1980er Jahren in zahlreichen Weltbankstudien und in den jährlichen Weltentwicklungsberichten (WEB), wobei insbesondere der orthodox neoliberale Tenor von WEB 1987 "Anpassungs- und Wachstumshemmnisse in der Weltwirtschaft" und WEB 1989 "Finanzsysteme und Entwicklung" hervorzuheben sind. Letzterer war der Liberalisierung der Finanzmärkte gewidmet und wurde kurze Zeit später vom "Report of the Task Force on Financial Sector Operations" (Levy-Report) in seiner Radikalität sogar noch überboten.

Welcher Aufwand und welche Wirkung hinter einem Weltentwicklungsbericht stehen, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß etwa zur Erstellung von WEB 1997 drei Millionen US\$ aufgewendet wurden. Jeder Bericht wird in mehrere Sprachen übersetzt und in einer Auflage von 150.000 Exemplaren gedruckt, von der wiederum etwa die Hälfte in Entwicklungsländern (u.a. an Bibliotheken und Universitäten) frei verteilt wird.

Parallel zu dem sich Ende der 1980er Jahre verschärfenden Handelskonflikt zwischen den USA und Japan (Schauplatz 1), bei dem auch Japan die Offensive suchte, war auch die neoliberale Entwicklungspolitik der Weltbank Anlaß einer Kontroverse zwischen der japanischen Regierung und dem amerikanisch geprägten Management und Forschungspersonal der Weltbank (Schauplatz 2). Der eigentliche Beginn eines dann rasch eskalierenden Konflikts zwischen den beiden Akteuren fällt auf den Herbst 1989, als das japanische Finanzministerium mit Masaki Shiratori einen neuen japanischen Exekutivdirektor zur Weltbank abgeordnet hatte. Neben dem zitierten Levy-Report, der mit seinen Empfehlungen zur Liberalisierung der Finanzmärkte in die eigentliche Domäne des japanischen Finanzministeriums eingegriffen hatte, war es der im Tenor eigentlich schon eher als moderat liberal ("marktfreundlich") zu bezeichnende WEB 1991, dem im gleichen Jahr verstorbenen Bela Balassa gewidmet, der auf massiven japanischen Protest stieß, aber auch in der entwicklungspolitischen Zukunft heftig kritisiert wurde (Singh 1991). Nach Meinung der japanischen Regierung und ihrer Vertreter in der Weltbank seien die positiven Erfahrungen mit der Tradition des bürokratischen Entwicklungsstaates in Asien zu wenig berücksichtigt worden (Lall 1994). Immerhin gibt es im WEB 1991

⁶¹ So der beziehungsreiche Titel von Rodrik 1994, gleichzeitig die empirisch fundierteste Kritik an der "Miracle-Studie".

aber bereits ein Kapitel "Die Rolle des Staates neu überdacht", in dem nicht nur von "Staatsversagen", sondern auch von "Marktversagen" die Rede ist. Eine gewisses Abrücken der Weltbank von der reinen neoliberalen Lehre deutete sich also bereits an (Taylor 1993), bevor Japan begann, sich als "Weltbank-Basher" zu betätigen. Programmatisches Dokument auf japanischer Seite für die entwicklungspolitische Kontroverse ist ein Papier des japanischen "Overseas Economic Cooperation Fund" (OECF), zuständig für die japanische Entwicklungshilfe und dem Finanzministerium unterstellt, mit dem Titel "Issues Related to the World Bank's Approach to a Structural Adjustment: Proposal from a Major Partner". In diesem Papier wird unverhohlen für Industriepolitik nach japanischem Muster geworben, wobei die Kreditpolitik als wichtiges Instrument der staatlichen Regulierung herausgestellt wird (Wade 1996, S. 10).

Der Höhepunkt des japanisch-amerikanischen Handelskonflikts, der Flirt mit Malaysia über die Gründung eines exklusiven East Asian Economic Caucus (EAEC) als Alternative zur Asia Pacific Economic Cooperation (APEC), in der anders als im "Caucus" auch "westliche" Länder wie die USA, Kanada und Australien vertreten sind, und der Konflikt mit der Weltbank wurden also konzertiert ausgetragen.

Neben dem Druck von seiten Japans ist aber auch der politische Druck zu berücksichtigen, den die Industrialisierungserfolge in Ost- und Südostasien und die darauf bezogene "revisionistische" Diskussion insgesamt auf die Weltbank ausübten. Es mußte aus Sicht der Weltbank gezeigt werden, daß das "asiatische Wirtschaftswunder" und die daraus möglicherweise resultierende Modellfunktion sich mit der Weltbankideologie der 1980er Jahre vereinbaren ließen. Insbesondere in Lateinamerika wurde nämlich eine intensive Diskussion geführt, ob und wie man dort von Ostasien lernen könne (Evans 1987, Gereffi/Wyman 1990). Der Fokus Asien war also für die akademische Diskussion zwischen Neoklassikern und "Revisionisten", für die entwicklungspolitische Diskussion zwischen Weltbank und japanischem Finanzministerium und für die handels- und industriepolitische Diskussion zwischen Japan und den USA von höchster Brisanz.

Das **politisch** bemerkenswerte Ergebnis der Diskussion ist deshalb die Tatsache, daß die Weltbank selber sich in den 1990er Jahren, anders als die amerikanische Regierung, schrittweise der "revisionistischen" Position annähert und daß dieses auf den politischen Druck von

seiten der japanischen Regierung, insbesondere des Finanzministeriums, zurückzuführen ist. Der japanische Druck manifestierte sich erstmals 1991 auf der Gipfelkonferenz von IWF und Weltbank in Bangkok. Damit korrespondiert die entwicklungspolitische Emanzipation Japans gegenüber den USA und den von den USA dominierten internationalen entwicklungspolitischen Institutionen wie z.B. die Weltbank. Diese Emanzipation ist nicht zuletzt Ausdruck der Tatsache, daß Japan mittlerweile noch vor den USA zum wichtigsten Geberland von Entwicklungshilfe aufgestiegen ist, wobei sich diese Entwicklungshilfe auf die asiatischen Nachbarländer konzentriert. Hinzu kommt das japanische Argument, daß alle erfolgreichen Fälle nachholender Entwicklung seit 1945 in der Nachbarschaft von Japan liegen, also spezifische regionale Erklärungsfaktoren gegeben sein müssen, die auf die Nachahmung des japanischen Beispiels oder im Sinne von Akamatsu (Fluggänsemodell) bzw. Cummings (Produktzyklus-Theorem) und auf die Übertragung des japanischen Vorbilds via Direktinvestitionen und Technologietransfer aus Japan zurückzuführen seien.

Insbesondere die Yen-Aufwertung als Folge des Plaza-Abkommens von 1985 wird aus japanischer Sicht als Startschuß für das Hochwachstum in Südostasien betrachtet, dessen Länder die von Japan aufgegebenen Exportindustrien zu besetzen vermochten. Jedenfalls engagierten sich seit Anfang der 1990er Jahre sowohl das Finanzministerium wie das unter der Ägide des MITI stehende "Institute of Development Economics" in der Ausbildung von Fachleuten aus den asiatischen Nachbarländern, die mit den Grundsätzen der japanischen Finanzinstitutionen und der japanischen Industriepolitik vertraut gemacht wurden⁶². Dieser Politik liegt die von japanischen "Revisionisten" im Regierungsapparat wie etwa Sakakibara⁶³ vertretene Meinung zugrunde, daß Japan generell als Modell für die Dritte Welt dienen könne. Paradox ist allerdings, daß es einerseits auch in Japan eine Diskussion gibt, ob das japanische Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates selbst im Mutterland an seine Grenzen gestoßen ist und einer gewissen Liberalisierung weichen muß, während Japan andererseits alle Anstrengungen unternimmt, sein Modell in die Region zu exportieren und als konkurrierendes Paradigma zum Neoliberalismus zu propagieren. Immerhin gibt es das Argument, daß die Staatsintervention in etlichen asiatischen Ländern in den 1960er/1970er Jahren deshalb besser funktionieren konnte als in den 1980er oder gar 1990er Jahren, weil damals die Verletzung der Frei-

⁶² Vgl. dazu den Bericht des Economist "The New Nationalists" vom Januar 1995.

⁶³ Sakakibara Eisuke ("Mr. Yen") ist ein Spitzenbeamter des japanischen Finanzministeriums und auch selber durch revisionistische Schriften in Erscheinung getreten. Vgl. dazu Hummel 1998, S. 245 ff.

handelsregeln von den Industrieländern aus entwicklungspolitischen Gründen und aus übergeordneten Gründen des Ost-West-Konflikts eher toleriert wurden. Die Auflösung des Paradoxons liegt vielleicht darin, daß Japan zwar von der These, ein einzigartiger Fall zu sein, abgerückt ist, deswegen aber keineswegs bereit ist, sich dem westlichen neoliberalen Paradigma zu unterwerfen, sondern stattdessen ein gemeinsames ostasiatisches Modell propagiert, dessen Gültigkeit regional auszuweiten ist.

Einen weiteren Schritt in Richtung Sinneswandel mußte die Weltbank 1992 vollziehen. In diesem Jahr hatte das "Operations Evaluation Department" der Weltbank eine mehrbändige vergleichende Untersuchung zu Korea, Indien und Indonesien (OED 1992) vorgelegt mit dem Ergebnis, daß eine selektive Staatsintervention zur Korrektur von Marktversagen zwar nicht in Indien, aber sehr wohl in Korea erfolgreich gewesen sei. Ökonomen und Management der Weltbank versuchten, die Veröffentlichung dieses Reports zu verhindern, was aber am Widerstand des japanischen Exekutivdirektors scheiterte.⁶⁴ Das Argument der Veröffentlichungsgegner lautete, daß ein staatsinterventionistischer Ansatz à la Korea nicht auf Lateinamerika oder Afrika übertragbar sei, da dort die institutionellen Voraussetzungen fehlen würden. Außerdem spielte die Sorge eine Rolle, daß die Veröffentlichung der OED-Studie als Sinneswandel der Weltbank interpretiert würde. Der Kompromiß, mit dem der Konflikt gelöst wurde, bestand darin, daß nur die Zusammenfassung der mehrbändigen Studie, allerdings ohne Änderungen, publiziert wurde. Teil des Kompromisses war aber auch, daß die Weltbank anschließend eine weitere vergleichende Studie zu Asien unternehmen sollte, die **alle** Länder mit hohem Wachstum inklusive Japan einzubeziehen hatte, wobei die japanische Regierung die Finanzierung von 1,2 Mio. US\$ zusagen mußte und seine Opposition gegen den Levy-Report aufgab.

Ergebnis war der berühmte und heftige umstrittene Asienbericht der Weltbank "The East Asian Miracle" vom September 1993, der allerdings auch nur in stark redigierter Form veröffentlicht wurde⁶⁵. Die Entstehungsgeschichte der Studie macht deutlich, daß sie eher als ein politisches als ein wissenschaftliches Dokument betrachtet werden sollte. Der japanischen Intention mußte natürlich zuwiderlaufen, daß die ursprüngliche Fassung von einem Team von

⁶⁴ Vgl. dazu den Artikel der Far Eastern Economic Review "Question of Faith: Japan Challenges World Bank Orthodoxy" vom März 1992.

sechs Ökonomen unter Leitung von John Page (Page 1994) erarbeitet wurde, dessen Mitglieder bis auf einen ihren Dokortitel an amerikanischen Universitäten erworben hatten, also dem Neoliberalismus verpflichtet waren, die aber alle keine Asienervahrung besaßen. Die kurze Zeit der Abfassung (Januar 1992 – September 1993) ließ zudem keine besonderen Feldstudien zu, so daß der Bericht als reine Schreibtischarbeit bezeichnet werden muß. Der Versuch der Autoren, das asiatische Wirtschaftswunder in ein neoliberales Erklärungsmuster zu pressen, mußte akademisch wie politisch scheitern. In mehreren redaktionellen Überarbeitungsschritten mußten in den ursprünglichen Text fein austarierte Passagen eingefügt werden, die einerseits die japanischen Financiers der Studie zufrieden stellen sollten, also die Rolle des Staates zwar thematisierten, diese andererseits aber wieder zu relativieren hatten, um das neoliberale Paradigma der Weltbank nicht zu erschüttern. Die Autoren kamen deshalb zwar nicht umhin, eine Staatsintervention in Asien zu konstatieren, zogen sich aber auf das Argument zurück, daß niemand wisse, ob nicht ohne Staatsintervention das Wachstum dort noch viel höher ausgefallen wäre.

Die eigentliche Frage nach der Rolle des Staates wurde in der Miracle-Studie weder gründlich untersucht noch gar beantwortet, da diese Beantwortung schon damals dramatische Konsequenzen für die Politik der Weltbank hätte haben können. Der nächste vorläufige Kompromiß war eine Mittelposition zwischen neoklassisch und "revisionistisch", die analog zu WEB 1991 als "marktfreundlich" bezeichnet wurde. "Marktfreundlich" hieß, daß der Staat nur bei den Rahmenbedingungen intervenieren solle. Der Unterschied zur "revisionistischen" Position besteht darin, ob nur eine selektive oder eine nichtselektive Intervention zulässig ist. Der Unterschied zur Neoklassik besteht darin, daß ein mögliches Marktversagen eingeräumt wird.

Japan hatte damit zwar erreicht, daß das Thema "Staatsintervention" erstmals seit langer Zeit wieder in einer prominenten Weltbankpublikation angesprochen wurde, nur war es entgegen der japanischen Absicht mißlungen, dem Dokument einen "staatsfreundlichen" Tenor zu verleihen. Die schließlich veröffentlichte Fassung der Miracle-Studie stieß jedenfalls auf die scharfe Kritik des japanischen Finanzministeriums, die am 3.12.1993 auf einem OEFC Semi-

⁶⁵ So z.B. Stiglitz 1998, der an dem Bericht mitgearbeitet hat. Zur Entstehungsgeschichte der Miracle-Studie vgl. Terry 1996 und Wade 1996.

nar in Tokyo⁶⁶ auch zum Ausdruck gebracht wurde. Aber auch die "Revisionisten" schlossen sich dieser Kritik an und konnten immerhin 1994 in einem Schwerpunktheft in der Weltbankzeitschrift "World Development" zu Wort kommen (Amsden 1994, Kwon 1994, Lall 1994)⁶⁷. Nicht der Tenor der Kritik sondern der Umstand ist dabei bemerkenswert, daß die Weltbank ihre angesehenste Zeitschrift für diese Kritik öffnet. Dennoch kann die Miracle-Studie trotz aller Kritik als die Wasserscheide in der Diskussion betrachtet werden, da die Weltbank die "revisionistische" Sichtweise erstmals überhaupt an prominenter Stelle aufgreifen mußte. Bereits im Jahr zuvor hatte sie auf ihrer jährlichen Konferenz zu Fragen der Entwicklungsökonomie auch den Keynesianismus der frühen Jahre wiederentdeckt und damit auch auf akademischem Feld "die Konter-Konterrevolution" eingeleitet (Krugman 1993, Stiglitz 1993, Jayawardena 1993).⁶⁸

Es dauerte schließlich aber weitere drei Jahre, bis mit der Veröffentlichung von WEB 1997 "Der Staat in einer sich ändernden Welt"⁶⁹ die eigentliche Wende vollzogen wurde. Erst hier wird die entwicklungsfördernde Rolle des Staates grundsätzlich positiv gewürdigt. Gleich zu Beginn des zusammenfassenden Überblicks heißt es: "Ein effektiver Staat ist lebenswichtig für die Bereitstellung von Gütern und Diensten – und der Rechtsnormen und Institutionen -, die den Märkten eine gedeihliche Entwicklung ermöglichen und es den Menschen erlauben, ein gesünderes, glücklicheres Leben zu führen. Ohne den Staat ist eine nachhaltige Entwicklung, in wirtschaftlicher wie in sozialer Hinsicht, unmöglich. Viele⁷⁰ haben etwa dasselbe schon vor fünfzig Jahren gesagt, aber damals tendierten sie zu der Annahme, daß die Entwicklung durch den Staat kommen müsse. Die seitdem aus der Erfahrung gewonnene Erkenntnis sieht deutlich anders aus: Der Staat spielt für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine zentrale Rolle, jedoch nicht als direkter Wachstumsbeschaffer, sondern als Partner, Katalysator und Unterstützer". (WEB 1997, S. 1).

⁶⁶ Vgl. dazu Masaki Shiratori, The Role of Government in Economic Development: Comments on the "East Asian Miracle" Study. Paper Presented to OECF Seminar on the East Asian Miracle. Zitiert bei Wade 1996, S. 29. Wade selber wurde hier auch als Weltbankkritiker aufgeboten. Vgl. Terry 1996, S. 186.

⁶⁷ Vgl. dazu auch Rodrik 1994 und die Beiträge in Fishlow 1994.

⁶⁸ Krugman behauptet hier sogar, daß die neuen Wachstumstheorien von Romer (1986) und Lucas (1988) nichts wesentlich Neues gegenüber den "Pionieren" geliefert hätten.

⁶⁹ Vgl. zur Kritik an WEB 1997 das Sonderheft des IDS bulletin Nr. 2, 1998 (Evans/Moore 1998), das Schwerpunkthema "Eine neue Rolle für Staat und Institutionen" der Zeitschrift E+Z Nr. 4, 1998 sowie Boer 1997.

⁷⁰ Gemeint sind die "Pioniere" der 1940er/50er Jahre!

Begründet wird dieser Sinneswandel von der neoliberalen "Neuen Politischen Ökonomie" zur "Neuen Institutionenökonomik" (North 1990) u.a. durch die "wichtige Rolle des Staates in den 'Wunderökonomien' Ostasiens" und durch den "Zusammenbruch von Staaten und die explosionsartige Zunahme der humanitären Notstände in vielen Teilen der Welt"⁷¹ (ebd.). Neue Politische Ökonomie hieß in den 1980er Jahren "Verschlankung" des Staates durch Steuer-senkung, Ausgabenkürzung, Privatisierung Öffentlicher Unternehmen und gesetzliche Deregulierung. Ein wesentliches theoretisches Argument, das hinter dem neuerlichen Sinneswandel steht, lautet, daß die neoliberale Theorie die Transaktionskosten unternehmerischer Tätigkeiten unberücksichtigt läßt. Sind diese hoch, können sie zur Blockade von unternehmerischem Handeln führen. Institutionen wie z.B. Rechtssicherheit oder funktionierende Finanzmärkte, die vom Staat gewährleistet werden, vermögen aber Transaktionskosten zu senken und die Wirkung des Marktes zu steigern. "Market enhancing" lautet demzufolge der entsprechende Begriff (Aoki/Murdoch/Okuno-Fujiwara 1998). Die Neue Institutionenökonomie soll also den Kompromiß zwischen Washington-Konsens und "ostasiatischem Modell" darstellen⁷². Nur wird dabei übersehen, daß in Ostasien eher informelles Verwaltungshandeln als formale Institutionen am Werk sind.

Auf der operativen Ebene vertritt WEB 1997 einen Zwei-Stufen-Plan zur Konzentration der Staatstätigkeiten auf wichtige Aspekte bei gleichzeitiger Steigerung der staatlichen Leistungsfähigkeit. Unter Leistungsvermögen des Staates wird die "Fähigkeit, kollektives Handeln zu übernehmen und zu fördern", verstanden (WEB 1997, S. 3). Im jüngsten WEB 1998/99 "Entwicklung durch Wissen" wird der institutionalistische Ansatz noch um die internationale Dimension fortgeschrieben, wenn dort die Frage gestellt wird: "Was können internationale Institutionen tun?".

Der neue Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, hatte bereits seit 1996 in mehreren Reden den Paradigmenwechsel der Weltbank auch ostentativ vollzogen, indem er vom Washington-Konsens öffentlich abgerückt ist und dieses explizit mit dem Scheitern der neoklassischen Rezepte und dem Verweis auf die Rolle des Staates in Asien begründete (Stiglitz 1996, 1998, Stiglitz/Uy 1996).

⁷¹ Dies ist ein bescheidener Hinweis, daß auch das afrikanische Elend Anlaß für den Sinneswandel war.

⁷² Der zitierte und die asiatischen Länder vergleichende Sammelband von Aoki/Kim/Okuno-Fujiwara vertritt die institutionalistische Position und wurde vom Economic Development Institute der Weltbank mitfinanziert.

Die weiterhin treibende Kraft Japans hinter allen diesen Entwicklungen kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Asiatische Entwicklungsbank, die anders als die Weltbank eindeutig japanisch dominiert wird, im Dezember 1997 in Tokyo ein eigenes Forschungsinstitut gegründet hat, das als "revisionistischer" Gegenpol zur Entwicklungsforschung der Weltbank dienen könnte. Erwähnung verdient auch ein im Mai 1997 gemeinsam von Weltwährungsfonds und Finanzministerium in Tokyo veranstaltetes Seminar, auf dem die japanische Seite auch die Politik des Weltwährungsfonds in Frage stellte. Das hier erneut vorgetragene Argument lautete, daß die bescheidenen Wachstumserfolge außerhalb Ost- und Südostasiens auf Marktversagen, insbesondere auf den Finanzmärkten, zurückzuführen sei. In den "Entwicklungsländern" gleichermaßen wie in Osteuropa sei statt sog. "Schocktherapien" eine wohldozierte staatliche Regulierung der Finanzmärkte á la japonaise die angemessene Politik.⁷³

5) Elemente eines "staatsfreundlichen" Ansatzes

Wenn die These vom Entwicklungsstaat als unabhängiger Variable zum Verständnis nachholender Entwicklung zumindest in Ostasien richtig ist und diese Erfahrung für andere Regionen nützlich ist und wenn diese These selbst von der Weltbank mittlerweile akzeptiert wird, dann heißt das, daß ein leistungsfähiger, also entwickelter Staat, bereits existieren muß, **bevor** die wirtschaftliche Entwicklung einsetzen kann. Dieses gilt um so mehr für die "schwachen" postkolonialen Staaten in Afrika südlich der Sahara, die aus der Perspektive des bürokratischen Entwicklungsstaats nicht nur wenig leistungsfähig sind, sondern vielfach sogar vom Zerfall bedroht sind bzw. bereits zerfallen sind.

Zu einem leistungsfähigen Staat im Sinne des bürokratischen Entwicklungsmodells sollten zumindest die folgenden Elemente gehören: Es bedarf erstens einer starken Entwicklungsorientierung der Politik, also des politischen Willens zur Entwicklung, der alle anderen Ziele untergeordnet werden. Als Triebkraft zu dieser Entwicklungsorientierung dient der Nationalismus. Zweitens muß es eine kompetente und professionell denkende und handelnde Bürokratie geben, die ohne zu großes Eigeninteresse der Entwicklungsorientierung verpflichtet ist. Drittens muß diese Bürokratie über genügend Entscheidungsautonomie gegenüber den wich-

⁷³ Vgl. dazu "Japan and IMF Discuss Strategy for Growth", 1997.

tigsten Interessengruppen verfügen, die ihr Handeln an den sachlich gebotenen Notwendigkeiten ausrichtet und nicht nur aus Rücksicht auf diese oder jene Partikularinteressen agiert. Und viertens muß es strukturelle Mechanismen geben, die eine Rentenorientierung der Bürokratie ausschließen oder zumindest in Grenzen halten (Kim/Muramatsu/Pempel/Yama-mura 1995).

Voraussetzung für die Herausbildung des Entwicklungsstaates ist also eine bürokratische Tradition des Staates schlechthin, wie sie in den meisten Ländern Ost- und Südasiens in der Tat gegeben ist. Daraus leitet sich das dortige hohe Prestige und der hohe soziale Rang der Bürokratie ab, zumal seit alters her nur die Besten für den Staatsdienst in Frage kommen. Diese Selektion der Besten wird gewährleistet durch das unbedingte Leistungsprinzip bei der Rekrutierung der Staatsbediensteten, sei es durch ein System von staatlichen Auswahlprüfungen oder durch das Prinzip, daß nur die Absolvierung der renommiertesten Universitäten den Zugang zum Staatsdienst ermöglicht. Voraussetzung für eine professionelle und kompetente Bürokratie ist aber auch, daß ihre Mitglieder entsprechend motiviert sind. Dazu bedarf es nicht nur des sozialen Prestiges, das aus der Staatstätigkeit resultiert, sondern auch einer angemessenen Bezahlung. So wird auch die Anfälligkeit der Beamten gegen Korruption gemildert und der Notwendigkeit vorgebaut, daß Beamte aus materieller Not privaten Nebentätigkeiten nachgehen und ihre Amtspflichten vernachlässigen. Notwendig ist aber auch, daß bürokratische Vorgaben von der Gesellschaft akzeptiert werden. In der mangelnden Akzeptanz staatlicher Vorgaben von seiten der Bevölkerung liegt in vielen Ländern bekanntermaßen ein großes Problem. Akzeptanz wird aber nicht nur durch die Exekution von bloßer Macht, sondern durch den Nachweis geschaffen, daß das bürokratische Handeln langfristig am Wohl des Staates orientiert ist. Die Herrschaft der Bürokratie des Entwicklungsstaates gründet sich also neben ihrem Ansehen auf ihre Funktion für das Allgemeinwohl und nicht auf Besitz oder die Kontrolle über politische Zwangsmittel wie die Herrschaft der Staatsklasse in Rentenstaaten.

Dennoch muß die Bürokratie kontrolliert werden. Mögliche Instanzen sind die Selbstkontrolle durch eine bürokratische Ethik, wie sie etwa in den konfuzianischen Tugenden zum Ausdruck kommt und durch das Erziehungssystem gefördert wird. Bildung qualifiziert also nicht nur für den Eintritt in die Bürokratie, sondern sorgt auch für Selbstkontrolle. Hinzu kommt die gegenseitige Kontrolle durch die einzelnen Abteilungen der Bürokratie. So ist etwa das Finanzministerium in Japan Kontrollinstanz für das Ministerium für Außenhandel und Industrie

(MITI), das Amt des Ministerpräsidenten Kontrollinstanz für alle anderen Ministerien, usw. Und schließlich bedarf es der Kontrolle durch Dritte, also durch Parlamente, unabhängige Gerichte oder die Presse. Nur wenn diese Kontrollinstanzen funktionieren, dann kann die auch in bürokratischen Entwicklungsstaaten allgegenwärtige Gefahr der Korruption, des Nepotismus und des Partikularismus eingedämmt werden.

Die Steuerungselemente des bürokratischen Entwicklungsstaates sind vielfältig und gehen weit über das im Westen bekannte wirtschaftspolitische Instrumentarium hinaus. Dazu gehören die Zielvorgabe durch langfristige Perspektivpläne, die es nicht nur in China gibt, sondern auch für Länder wie Japan, Südkorea oder Taiwan selbstverständlich sind. Im Rahmen dieser Fünf- oder Zehnjahrespläne, die Wachstumsziele vorgeben, vorrangig zu fördernde Schlüssel-sektoren ("sunshine industries") definieren, aber auch den Kapazitätsabbau unrentabler Sektoren ("moonlight industries") vorsehen können, steuert und reguliert die Bürokratie direkt, aber informell, durch administrative Lenkung und indirekt durch ein System von Anreizen und Bestrafungen mittels Steuern, Zöllen, Subventionen, Preisen, Devisenbewirtschaftung, Kapitalmarktkontrollen, selektive Kreditvergabe, Abschreibungsmöglichkeiten, Exportprämien etc. In besondere Fällen, etwa bei der Initiierung von strategischen Schlüsselbetrieben oder Infrastrukturprojekten wie der Energieversorgung, wo eine private Rentabilität nur schwer erzielbar ist, wo die Transaktionskosten zu hoch sind, wird die Bürokratie auch selber zum Unternehmer, um so geschaffene Staatsbetriebe ggf. nach erfolgreicher Anlaufzeit zu privatisieren. Umgekehrt können auch unrentable, aber wichtige Privatunternehmen in staatliche Regie übernommen werden. Insbesondere der Finanzsektor ist der direkten oder indirekten bürokratischen Kontrolle unterworfen, wobei die Investitionslenkung durch eine staatlich beeinflusste Kreditvergabe als zentrales Steuerungsinstrument angesehen wird. Diese ist um so wirksamer, so lange, zumindest in der Anfangsphase, private Unternehmen nur über eine geringe Eigenkapitalbildung verfügen.

Die Bürokratie betreibt aber auch Allokationspolitik durch Bodenreformen, sektoral unterschiedliche Besteuerung, Umverteilung via Staatshaushalt, Manipulation der internen Terms of Trade zu Lasten oder zu Gunsten der Landwirtschaft, zu Lasten oder zu Gunsten der Leichtindustrie oder der Schwerindustrie. In der Regel läßt sich eine Sequenz von anfänglicher Importsubstitution und anschließender Exportorientierung feststellen, die eine Stufenleiter in immer höhere technologische Kompetenzen beschreitet (vgl. Menzel 1985, Yoffie

1983). Und schließlich sind dichte persönliche Netzwerke zwischen Spitzenbürokraten und Managern der großen Betriebe festzustellen, die sich ergeben sowohl aus dem gemeinsamen Studium an den wenigen Spitzenuniversitäten wie durch frühzeitigen Wechsel aus hohen Positionen in den Ministerien in hohe Positionen der Wirtschaft. In Japan wird dieser Vorgang "amakudari" (= vom Himmel herabsteigen) genannt.

Ob das Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates allerdings tatsächlich auf andere Regionen der Welt übertragen werden kann, muß bezweifelt werden. Selbst im Hinblick auf Südostasien ist dieses, selbst wenn es von der japanischen Regierung behauptet wird, unter Hinweis auf die strategische Rolle der Auslandschinesen zumindest in Frage zu stellen. Immerhin ist durch die chinesische Migration wie durch die Ausstrahlungskraft der chinesischen Zivilisation eine kulturelle Nähe gegeben. An dieser Stelle treffen sich also die "revisionistische" und die "kulturalistische" Argumentation. In Afrika oder anderen Problemregionen der Welt sind aber weder die bürokratischen noch die kulturellen Voraussetzungen wie in Asien gegeben, stoßen Neoklassik wie "Revisionismus", Weltbank wie japanisches Finanzministerium an Grenzen.

6) Staaten gegen Märkte

Hinzu kommt ein weiteres Argument. Die gegenwärtige Rückbesinnung auf den Staat in der entwicklungspolitischen Diskussion erfolgt nämlich in einer für den "staatsfreundlichen" Ansatz problematischen Situation. Die Hegemonie des Neoliberalismus und damit die Herrschaft des Marktes gegenüber dem Staat war ja nicht bloß Ergebnis einer normativen Setzung durch die Politik, wie z.B. durch den Washington-Konsens, sondern auch Resultat des Globalisierungsdrucks. Eine der vielen Konsequenzen von Globalisierung ist schließlich der schleichende Souveränitätsverlust des klassischen Nationalstaats als Folge der Entgrenzung aller territorial gebundenen sozialen Systeme, also auch des Subsystems Wirtschaft. Auf dem Finanzsektor, dessen Regulierung dem japanischen Finanzministerium besonders am Herzen liegt, läßt sich dieses besonders deutlich beobachten. Gefragt werden muß also, ob im Zeitalter von Globalisierung eine entwicklungspolitisch motivierte Stärkung staatlicher Steuerungskompetenzen überhaupt noch möglich ist, insbesondere in solchen Ländern, in denen ein gefestigter Nationalstaat alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist. Dieser Gesichtspunkt wird im

zierten WEB 1997 trotz des Titels "Der Staat in einer sich ändernden Welt" nur wenig berücksichtigt. Die Weltbank entdeckt also den Staat wieder in einer Situation, in der der Staat an Kompetenzen an den Markt verliert. Auch die entwicklungspolitische Antwort auf Globalisierung muß demnach "global governance" lauten (Kappel 1998), was aber nicht zuletzt die Kooperation handlungsfähiger Staaten voraussetzt.

Der Staat steht aber nicht nur von außen unter Druck als Folge von Globalisierung, er steht auch von innen unter Druck als Folge von Fragmentierung (Menzel 1998). Der Zerfall des Staates im Zuge ethnonationalistischer Konflikte ist in Teilen Afrikas (Sudan, Kongo, Angola, Ruanda, Burundi, Somalia, Sierra Leone etc.) aber auch Zentralasiens, etwa in den ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken oder in der Region Afghanistan/Pakistan/Kaschmir besonders virulent. Hier muß die Antwort nicht global, sondern good governance lauten. Es bedarf also zunächst einmal der Rekonstruktion des Staates schlechthin, bevor dieser entwicklungspolitische Aufgaben selbst im Sinne des WEB 1997 wahrnehmen kann. Beide aktuellen Tendenzen, Globalisierung wie Fragmentierung, haben also fatale Konsequenzen für das Projekt nachholende Entwicklung, da dieses den Entwicklungsstaat, mindestens aber einen leistungsfähigen Staat, voraussetzt und nicht erst schaffen kann.

7. Literatur

- Akamatsu, Kaname, A Theory of Unbalanced Growth in the World Economy. In: Weltwirtschaftliches Archiv 86.1961,1.
- Akamatsu, Kaname, A Historical Pattern of Economic Growth in Developing Countries. In: The Developing Economies 1.1962,1. S. 3-25.
- Amsden, Alice H., Asia's Next Giant: South Korea and Late Industrialization. New York: Oxford University Press 1989.
- Amsden, Alice H., The State and Taiwan's Economic Development. In: Evans/Rueschemeyer/Skocpol 1985. S. 78-106.
- Amsden, Alice H., Diffusion of Development: The Late-industrializing Model and Greater Asia. In: American Economic Review 81.1991,2. S. 282-286.
- Amsden, Alice H., Why Isn't the Whole World Experimenting with the East Asian Model to Develop?: Review of "The East Asian Miracle". In: World Development 22.1994,4. S. 627-633.
- Aoki, Masahiko/Kim Hyyung-Ki/Okuno-Fujiwara, Masahiro (Hrsg.), The Role of Government in East Asian Economic Development: Comparative Institutional Analysis. Oxford: Clarendon Press 1998.
- Aoki, Masahiko/Murdoch, Kevin/Okuno-Fujiwara, Masahiro, Beyond the East Asian Miracle: Introducing the Market-enhancing View. In: Aoki/Kim/Okuno-Fujiwara 1998. S. 1-37.
- Ashoff, Guido, Rent Seeking: Zur Relevanz eines relativ neuen Konzepts in der ökonomischen Theorie der Politik und der entwicklungstheoretischen Diskussion. In: Vierteljahresberichte Nr. 112, 1988, Juni. S. 103-125.
- Awanohara, Susumu, Question of Faith: Japan Challenges World Bank Orthodoxy. In: Far Eastern Economic Review vom 12.3.1992. S. 49.
- Balassa, Bela, Growth Strategies in Semi-industrial Countries. In: The Quarterly Journal of Economics 84.1970. S. 24-47.
- Balassa, Bela, The Newly Industrializing Countries in the World Economy. New York: Pergamon 1981.
- Bernard, Mitchell/Ravenhill, John, Beyond Product Cycles and Flying Geese: Regionalization, Hierarchy, and the Industrialization of East Asia. In: World Politics 47.1995, January. S. 171-205.
- Boer, Leen, The State in a Changing World. In: Third World Quarterly 18.1997,5. S. 935-940.
- Chowdhury, Anis/Islam, Iyanatul, The Newly Industrialising Economies of East Asia. London: Routledge 1993.

Cline, William, Can the East Asian Modell of Development Be Generalized? In: World Development 10.1982,2. S. 81-90.

Cummings, Bruce, The Origins and Development of the Northeast Asian Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequences. In: Deyo 1987. S. 44-83. (zuerst 1984). Deutsch in Menzel 1989, Bd. 4. S. 87-145.

Dale, Peter N., The Myth of Japanese Uniqueness. London. Routledge 1990.

Deyo, Frederic C. (Hrsg.), The Political Economy of the New Asian Industrialism. Ithaca: Cornell University Press 1987.

The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy. Oxford: Oxford University Press 1993.

Elsenhans, Hartmut, Die Logik des Profits und die Logik der Rente. Gefährdungen beim Übergang zu einem neuen internationalen System. In: Erhard Forndran (Hrsg.), Politik nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden: Nomos 1992. S. 41-78.

Evans, Alison/Moore, Mick (Hrsg.), The Bank, the State & Development: Dissecting the 1997 World Development Report. = IDS Bulletin 29.1998,2.

Evans, Peter B., Class, State and Dependence in East Asia: Lessons for Latin Americanists. In: Deyo 1987. S. 203-226.

Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hrsg.), Bringing the State Back in. Cambridge: Cambridge University Press 1985.

Evers, Hans-Dieter/Schiel, Tilman, Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt. Berlin 1988.

Fishlow, Albert u.a. (Hrsg.), Miracle or Design? Lessons from the East Asian Experience. Washington D.C. 1994.

Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek: Rowohlt 1997.

Funabashi, Yoichi, The Asianization of Asia. In: Foreign Affairs 72.1993,5. S. 75-85.

Gambe, Annabelle, Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. Braunschweig: TU Braunschweig 1996. = Forschungsberichte aus dem Seminar für Politikwissenschaft und Soziologie Nr. 14.

Gambe, Annabelle, Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. Braunschweig: TU Braunschweig 1997. = Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 22.

Gereffi, Gary/Wyman, Donald, Manufacturing Miracles: Paths of Industrialization in Latin

America and East Asia. Princeton 1990.

Gore, Charles, Jenseits der Debatte "Märkte gegen Staaten". Eine Neu-Interpretation des ostasiatischen Modells. In: Entwicklung und Zusammenarbeit 39.1998,4. S. 105-107.

Haggard, Stephan, Pathways from the Periphery: The Politics in the Newly Industrializing Countries. Ithaca: Cornell University Press.

Hasan, Parvez, Korea: Problems and Issues in a Rapidly Growing Economy. Baltimore: Johns Hopkins University Press 1976.

Hasan, Parvez/Rao, D.C., Korea: Policy Issues for Long-term Development. Baltimore: Johns Hopkins University Press 1979.

Hein, Laura/Hammond, Ellen H., Homing in on Asia: Identity in Contemporary Japan. In: Bulletin of Concerned Asian Scholars 27.1995,3. S. 3-17.

Hummel, Hartwig, Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. Braunschweig: TU Braunschweig 1997. = Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 21.

Hummel, Hartwig, Der neue Westen. Der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan und die Integration der westlichen Gemeinschaft. Habil TU Braunschweig 1998.

Iida, Yumiko, Feeling the West, Making Asia Home: Transpositions of Otherness in Japanese Pan-Asianism, 1905-1930. In: Alternatives 22.1997,3. S. 409-432.

Japan's Nice New Nationalism. In: The Economist, 14. Januar 1995. S. 11-19.

Jayawardena, Lal, Coment on "Toward a Counter-Counterrevolution in Development Theory", by Krugman. In: Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1992. Washington D.C.: World Bank 1993. S. 51-57.

Johnson, Chalmers, MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925-1975. Stanford, Cal.: Stanford University Press 1982.

Johnson, Chalmers, Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State. New York: W.W. Norton & Company 1995.

Johnstone, Christopher B., Go West or Look East? Japanese Views of America and Asia. = Japan Economic Institute Report Nr. 21 A, 1996.

Kappel, Robert, Markt und Staat im Globalisierungsprozeß. Die Grenzen des Weltbankkonzepts. In: Entwicklung und Zusammenarbeit 39.1998,4. S. 108-110.

Killick, Tony, East Asian Miracles and Development Ideology. In: Development Policy Review 12.1994,1. S. 69-79.

Kim Hyung-Ki/Muramatsu, Michio/Pempel, T.J./Yamamura, Kozo (Hrsg.), The Japanese

Civil Service and Economic Development: Catalysts of Change. Oxford: Clarendon Press 1995.

Kohli, Atul, Where Do High Growth Political Economies Come from? The Japanese Lineage of Korea's "Development State". In: World Development 22.1994, S. 1269-1293.

Krueger, Anne O., The Political Economy of the Rent-seeking Society. In: American Economic Review 64.1974,3. S. 291-303.

Krueger, Anne O., The Experience and Lessons of Asia's Super Exporters. In: Dies. (Hrsg.), Export-oriented Development Strategies. Boulder, Col. 1985. S. 187-212.

Krugman, Paul, Toward a Counter-Counterrevolution in Development Theory. In: Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1992. Washington D.C.: World Bank 1993. S. 15-38.

Kwon, Jene, The East Asia Challenge to Neoclassical Orthodoxy. In: World Development 22.1994,4. S. 635-644.

Lal, Depak, The Poverty of Development Economics. London: Institute of Economic Affairs 1983. = Hobart Paperback 16.

Lal, Depak, Mißverständnisse in der "Entwicklungsökonomie". Die vielen Mängel des "dirigistischen" Dogmas. In: Finanzierung und Entwicklung 22.1985,2. S. 10-13.

Lall, Sanjaya, *The East Asian Miracle: Does the Bell Toll for Industrial Strategy?* In: World Development 22.1994,4. S. 645-654.

Liuksila, Claire, Japan and IMF Discuss Strategy for Growth. In: IMF-Survey 26.1997,12. S. 185-187.

Lucas, Robert E., On the Mechanics of Economic Development. In: Journal of Monetary Economics 22.1988,1. S. 3-42.

Meier, Gerald M. (Hrsg.), *Pioneers in Development: Second Series*. New York: Oxford University Press 1987.

Meier, Gerald M./Seers, Dudley (Hrsg.), *Pioneers in Development*. New York: Oxford University Press 1984.

Menzel, Ulrich, In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan. München: Simon & Magiera 1985.

Menzel, Ulrich (Hrsg.), *Im Schatten des Siegers: Japan*. 4 Bde. Frankfurt: Suhrkamp 1989.

Menzel, Ulrich, *Globalisierung versus Fragmentierung*. Frankfurt: Suhrkamp 1998. 3. Aufl. 1999.

Mouer, Ross/Sugimoto, Yoshio, *Images of Japanese Society: A Study in the Social Construc-*

tion of Reality. London: Kegan Paul 1986.

Müller, Klaus-Peter, Unterentwicklung durch "Rentenkapitalismus"? Geschichte, Analyse und Kritik eines sozialgeographischen Begriffs und seine Rezeption. Kassel 1983.

Norman, E. Herbert, Japan's Emergence as a Modern State. In: John W. Dower (Hrsg.), Origins of the Modern Japanese State: Selected Writings of E.H. Norman. New York: Pantheon 1975. S. 156-210. (von 1940). Deutsch auszugsweise in Menzel 1989, Bd. 2.

North, Douglass, Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press 1990.

Operations Evaluation Department, World Bank Support für Industrialization in Korea, India and Indonesia. Washington, D.C: World Bank 1992.

Oxfeld, Ellen, Blood, Sweat and Majong: Family Enterprise in an Overseas Chinese Community. Ithaca: Cornell University Press 1993.

Page, John, The East Asian Miracle: An Introduction. In: World Development 22.1994,4. S. 615-625.

Pan, Lynn, Sons of the Yellow Emperor: The Story of the Overseas Chinese. London: Mandarin 1990.

Perkins, Dwight H., There Are at Least Three Models of East Asian Development. In: World Development 22.1994,4. S. 955-961.

Redding, S. Gordon, The Spirit of Chinese Capitalism. Berlin/New York: de Gruyter 1990.

Robinson, Thomas W. (Hrsg.), Democracy and Development in East Asia: Taiwan, South Korea and the Philippines. Washington D.C.: AEJ Press 1991.

Rodrik, Dani, King Kong Meets Godzilla: The World Bank and the East Asian Miracle. London: Centre for Economic Policy Research 1994. = Discussion Paper Nr. 944.

Romer, Paul, Increasing Returns and Long-run Growth. In: Journal of Political Economy 94.1986. S. 1002-1037.

Schmid, Claudia, Das Konzept des Rentier-Staates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zur Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient. Hamburg 1991.

Seagrave, Sterling, Lords of the Rim: The Invisible Empire of the Overseas Chinese. New York: Putnam's Sons 1995.

Singh, Ajit, The "Market-Friendly-Approach" vs. an "Industrial Policy": A Critique of the World Development Report 1991 and an Alternative Policy Perspective. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden 1993 = INEF-Report Heft 4.

Stiglitz, Joseph E., Comment on "Toward a Counter-Counterrevolution in Development Theory" by Krugman. In: Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1992. Washington D.C.: The World Bank 1993. S. 39-49.

Stiglitz, Joseph E., Keynote Address: The Role of Government in Economic Development. In: Michael Bruno/Borris Pleskovic (Hrsg.), Annual World Bank Conference on Development Economics. Washington D.C.: World Bank 1996. S. 11-23.

Stiglitz, Joseph/Uy, Marilou, Financial Markets, Public Policy and the East Asian Miracle. In: World Bank Research Observer 11.1996,2. S. 249-276.

Stiglitz, Joseph E., Staat und Entwicklung - Das neue Denken. Die Überwindung des Konzepts vom minimalistischen Staat. In: Entwicklung und Zusammenarbeit 39.1998,4. S. 101-104.

Taylor, Lance, World Bank, World Development Report 1991: The Challenge of Development. In: Economic Development and Cultural Change 41.1993,2. S. 430-441 (Rezension).

Terry, Edith, An East Asian Paradigm? In: Atlantic Economic Journal 24.1996,3. S. 183-198.

Toye, John, Dilemmas of Development: Reflections on the Counterrevolution in Development Theory and Policy. Oxford: Basil Blackwell 1987.

Wade, Robert, Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization. Princeton: Princeton University Press 1990.

Wade, Robert, East Asia's Economic Success. In: World Politics 44.1992,2. S. 270-320.

Wade, Robert, Japan, the World Bank, and the Art of Paradigm Maintenance: The East Asian Miracle in Political Perspective. In: New Left Review Nr. 217,1996. S. 3-36.

Weltentwicklungsbericht 1987. Anpassungs- und Wachstumshemmnisse in der Weltwirtschaft. Industrialisierung und Außenhandel. Washington D.C. Weltbank 1987.

Weltentwicklungsbericht 1989. Finanzsysteme und Entwicklung. Washington D.C.: Weltbank 1989.

Weltentwicklungsbericht 1991. Entwicklung als Herausforderung. Washington D.C.: Weltbank 1991.

Weltentwicklungsbericht 1997. Der Staat in einer sich ändernden Welt. Washington D.C.: Weltbank 1997.

Weltentwicklungsbericht 1998/99. Entwicklung durch Wissen. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung 1999.

White, Gordon/Wade, Robert (Hrsg.), Developmental States in East Asia. Sussex: Institute of Development Studies 1985. = IDS Research Reports Nr. 16.

White, Gordon (Hrsg.), Developmental States in East Asia. Basingstoke 1988.

Wong Siu-Lun, Emigrant Entrepreneurs. Hongkong: Oxford University Press 1988.

Yergin, Daniel/Stanslaw, Joseph, The Commanding Heights: The Battle Between Government and the Marketplace That Is Remaking the Modern World. New York: Simon & Schuster 1998.

Yoffie, David B., Power and Protectionism: Strategies of the Newly Industrializing Countries. New York: Columbia University Press 1983.

Yoshihara, Kunio, The Rise of Ersatz Capitalism in Southeast Asia. Quezon City: Ateneo de Manila University Press 1988.

FORSCHUNGSBERICHTE **aus dem Institut für Sozialwissenschaften (ISW)**

Das Institut für Sozialwissenschaften gibt Forschungsberichte heraus, die die Forschungsarbeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dokumentieren. Die Nummern 1-15 sind als Forschungsberichte des Seminars für Politikwissenschaft und Soziologie erschienen.

Nummer:

1. Krieger, Ingrid/Lompe, Klaus: Zur Lebenslage von Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ein Ost-West-Vergleich. Erste Interpretation empirischer Ergebnisse und Konsequenzen für die Instrumente des „zweiten“ Arbeitsmarktes. November 1993, 2. Aufl. April 1994. 52 S.
2. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Von der Automobilregion zur Verkehrskompetenzregion". Die Region als politisches und ökonomisches Handlungsfeld für die Steuerung politischer, sozialer und technologischer Innovationen. Januar 1994, 3. Aufl. April 1994. 52 S.
3. Vogel, Ulrike: Fachengagement und Studienerfolg bei Ingenieurstudentinnen und -studenten. Zur Entwicklung verallgemeinerungsfähiger Aussagen in einer qualitativen Studie. April 1994. 30 S.
4. Menzel, Ulrich: Der Flug des Drachen. Nachholende Modernisierung in Ostasien aus entwicklungspolitischer Perspektive. Mai 1994. 83 S.
5. Lompe, Klaus/Blöcker, Antje/Lux, Barbara/Syring, Oliver: Neue Formen der Kooperation und der wissenschaftlichen Politikberatung in der Region - Wirkungen und Folgeaktivitäten des HBS-Projektes: "Regionale Bedeutung und Perspektiven der Automobilindustrie" unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften als regionale Akteure der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Südostniedersachsen. September 1994. 125 S.
6. Hummel, Hartwig: Weltmacht wider Willen? Japan in der internationalen Politik der neunziger Jahre. Januar 1995. 40 S.
7. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Perspektiven der Regionalisierung der Strukturpolitik in Niedersachsen" Dokumentation eines Workshop am 21.10.1994 in Braunschweig. Februar 1995. 103 S.
8. Lompe, Klaus/Warnecke, Dirk: "Die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen als Diversifikationsstrategie zur Beschäftigungssicherung in der Region Südostniedersachsen? - Dokumentation eines Symposiums am 9.2.1995 in Wolfsburg/Fallersleben. Juni 1995. 100 S.
9. Vogel, Ulrike: Zur Qualifikation von Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften. Empirische Ergebnisse. September 1995. 40 S.
10. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: Die Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und daraus resultierende Konflikte. Entwurf eines Forschungsprojekts. Oktober 1995. 32 S.
11. Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. Januar 1996. 33 S.
12. Lompe, Klaus/Mangels-Voegt, Birgit/Düsing, Ralf/Fricke, Gerald/Vlcek, Olaf: Zur Diskussion abnehmender Handlungsfähigkeit des Zentralstaates und der Rolle neuer-dezentraler Verhandlungssysteme. Februar 1996. 136 S.

- 13.Menzel, Ulrich: Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht. 2. Aufl. November 1996. 58 S.
- 14.Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1996. 145 S.
- 15.Vogel, Ulrike/Capello, Claudia: Zur Steigerung der „Attraktivität“ des Ingenieurstudiums. Vorarbeiten zu einem empirischen Projekt. Dezember 1996. 45 S.
- 16.Hummel, Hartwig: „Japan Bashing“. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA. Februar 1997. 68 S.
- 17.Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung Europas. Februar 1997; 2. Aufl. Juli 1998, 87 S.
- 18.Menzel, Ulrich: The West Against the Rest. Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens. Mai 1997; 2. überarb. Aufl. Oktober 1997. 36 S.
- 19.Lompe, Klaus/Schirmacher, Andrea/Warnecke, Dirk: Regionales Risikokapital und Existenzgründung. September 1997. 185 S.
- 20.Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Katharina Varga: Theorie der Internationalen Beziehungen: Einführung und systematische Bibliographie. Oktober 1997, 3. Aufl. Oktober 1998. 151 S.
- 21.Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. November 1997. 76 S.
- 22.Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1997. 101 S.
- 23.Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. November 1997. 121 S.
- 24.Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: "Kampf der Kulturen" in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen? Februar 1998, 2. Aufl. Oktober 1998. 95 S.
- 25.Vogel, Ulrike/Capello, Claudia/Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zum Interesse am Technikstudium bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. April 1998. 91 S.
- 26.Lompe, Klaus (Hrsg.): Verbundspezifische Projekte im Rahmen regionalisierter Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation eines Workshops am 12.11.1998. Januar 1999. 59 S.
- 27.Dietz, Bernhard/Menzel, Ulrich: "Brandstifter" oder Anwälte des demokratischen Friedens? Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten. Untersucht anhand politischer Entscheidungsprozesse der deutschen Bundesregierung in ausgewählten militärischen Konflikten der 1990 Jahre. Entwurf eines Forschungsprojekts. März 1999. 34 S.
- 28.Vogel, Ulrike/Capello, Claudia /Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurstudium. Bericht über Maßnahmen im Studium. März 1999. 127 S.
- 29.Okfen, Nuria: Das Asia-Europe-Meeting – Eine neue Partnerschaft? März 1999. 95 S.
- 30.Menzel, Ulrich: Jenseits des Staates oder Renaissance des Staates? Zwei kleine politische Schriften. März 1999. 59 S.

Die Forschungsberichte können beim Institut für Sozialwissenschaften zum Selbstkostenpreis + Portokosten bestellt werden.

Tel. 0531-391-2327/2305
FAX 0531-391-8211

Anschrift: Wendenring 1
38114 Braunschweig

